

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montage nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Vorkasse nehmen sämtliche Vertriebsstellen entgegen. Unter Bezugspreis bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saargebiet sowie die übrigen deutschen Gebiete Polens u. Litauens 12 M., für das übrige Ausland 17 M., per Post bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 16 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Weite Straße 6-8.

Die schlagzeilige Kopierzeile oder deren Raum kostet 1.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das letzte druckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Verlängerte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letzte druckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Friedensverhandlungen mit Irland

Verbrüderung mit den Sinnfeinern

Utd. Tel. London, 14. Juli.

Die irischen Friedensverhandlungen sind heute nachmittags in der Amtswohnung des Premierministers durch eine inoffizielle Zusammenkunft zwischen Lloyd George und De Valera eröffnet worden. Man hofft zuversichtlich, daß in dieser Unterredung die Grundlagen für die Verhandlungen der Gesamtkonferenz vereinbart wurden. Als De Valera Downingstreet betrat, wurde er von einer großen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt. Auch nach Beendigung der Konferenz wurden ihm große Ovationen bereitet. Er verweigerte den Vertretern der Londoner Zeitungen jegliche Auskunft über den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen. Er scheint, seinem Benehmen nach, auch für die Zukunft zuversichtlich gestimmt zu sein.

Der Waffenstillstand ist bisher von beiden Seiten gewissenhaft eingehalten worden. Die Regierungssoldaten und die Sinnfeiner fraternisieren in aller Oessentlichkeit miteinander. Als bezeichnendes Symptom wird gemeldet, daß am Dienstag 300 Sinnfeiner und Regierungssoldaten einen Schwimmbadwettkampf veranstalteten, an den sich Tanz und Selang angeschlossen. Dieses Sportfest fand in Athlon statt. Ein großes Freudenfeuer wurde angezündet und um Mitternacht marschierte eine Prozession von Sinnfeinern und Regierungstruppen, irische Nationallieder singend, durch die Stadt. Häufig finden gemeinsame Zusammenkünfte von Soldaten der irisch-republikanischen Armee und den englischen Regierungstruppen statt. Die Soldaten beider Armeen pflegen einander freundschaftlich zu begrüßen.

Abschluß der Pariser Verhandlungen

Berlin, 14. Juli.

Die Verhandlungen, die in Paris vom Staatssekretär Bergmann, Präsident Dr. Guggenheimer und Ministerialrat Lunge mit Minister Loucheur geführt wurden, haben in der Hauptsache die Frage der Preisfestsetzung für deutsche Sachlieferungen an Frankreich und die Frage ihrer Berechnung im Rahmen des Zahlungsplanes des Londoner Ultimatums behandelt. Sie sind gestern zu einem vorläufigen Ende gebracht worden. Ihr vorläufiges Ergebnis unterliegt nunmehr der Prüfung der auf beiden Seiten zuständigen Stellen. Die deutschen Unterhändler sind nach Berlin zurückgekehrt. Wenn auch nicht in allen Punkten hat eine völlige Einigung erzielt werden können, so haben die Verhandlungen doch zu einer wesentlichen Klärung der Hauptfragen geführt, so daß zu hoffen steht, daß man schließlich zu einer Einigung gelangen wird. Außer den beiden Hauptfragen sind bei den Verhandlungen einige Nebenfragen geklärt worden. Es handelt sich dabei um technische und Preisfragen auf dem Gebiete der Kohlenlieferung, ferner um Abklärung der Restitutionsverpflichtungen, sowie der Viehlieferungen. Dabei wurde davon ausgegangen, die Nebenfragen gleichzeitig mit den Hauptfragen weiter zu behandeln und zu einem gemeinsamen Abschluß zu bringen.

Die Konferenz des Obersten Rats

Nach den Meldungen aus Paris dürfte es jetzt sicher sein, daß der Oberste Rat der Alliierten ungefähr am 26. Juli in Boulogne oder Paris zu einer Konferenz zusammentritt wird. Die französische Presse meint, man könne jetzt keine Hoffnung mehr haben, daß die alliierten Kommissare sich hinsichtlich ihres Sachverständigenberichts auf eine Linie einigen werden. Man sei daher in Paris unter diesen Umständen der Ansicht, es sei für die alliierten Regierungen am vorzuziehenden, das oberste Problem so rasch wie möglich zu bereinigen und sich nicht erst auf das Experiment einer neuen Sachverständigenkommission einzulassen, wie sie in der Besprechung Lord Curzons mit Irland angedeutet worden war. Diese Meldung steht im Widerspruch zu einer aus London verbreiteten Nachricht, wonach sich Lloyd George damit einverstanden erklärt habe, daß eine besondere Sachverständigenkommission nach Oberschlesien entsandt werden solle.

London, 14. Juli.

Morgenpost meldet: Die englische Regierung habe der französischen mitgeteilt, daß sie eine Verschiebung der Zusammenkunft des Obersten Rates bis nach dem 21. Juli ersorgenden Beendigung der Reichskonferenz wünsche. Die französische Regierung habe vorgeschlagen, die Verhandlungen am 24. Juli wieder aufzunehmen, nachdem die Sachverständigen die Vorbereitungen zu Ende geführt hätten. Mit Rücksicht auf die kurze Frist, die auf viele Reize den Sachverständigen gewährt würde, habe die englische Regierung die französische ersucht, die Frage einer erneuten Erwägung zu unterziehen.

Korfanty bleibt in Oberschlesien

Dr. Oppels, 14. Juli.

Korfanty wird in den nächsten Tagen aus Warschau nach Beuthen zurückkehren. Es ist ihm das Recht des freien Aufenthaltes in Oberschlesien bewilligt worden. Dazu wird der "Dona" geschrieben: Es berührt in Oberschlesien bestemlich, daß Korfanty, der noch immer seinen händigen Auf-

enthalt in Schoppinitz hat, bisher noch nicht zum Verlassen des ober-schlesischen Abstammungsgebietes aufgefordert worden ist. Es besteht anscheinend auch nicht die Möglichkeit, Korfanty nach Er-lach der Amnestie zur Verantwortung zu ziehen. Allerdings schweben unverbindliche Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und Korfanty, um diesen in Güte zu veranlassen, das Abstammungsgebiet zu verlassen. Korfanty denkt aber wohl kaum daran, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Die deutsche Regierung dürfte nicht verschlen, für den Fall, daß Korfanty tatsächlich auf seiner Weigerung, das Abstammungsgebiet zu verlassen, beharren sollte, einen diplomatischen Schritt bei der Inter-alliierten Kommission zu unternehmen.

Finanz und Politik in Frankreich

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Generalsekretär des französischen Auswärtigen Amtes, Philippe Berthelot, seinen Abschied eingereicht.

Der Rücktritt steht im Zusammenhang mit der kürzlich auch im französischen Parlament besprochenen Angelegenheit der China-Bank. Dieses Bankunternehmen, das sich vor allen Dingen die Vertretung der französischen Expansionsinteressen in Ostasien angelegen sein ließ, ist verkracht, und es hat sich herausgestellt, daß Berthelot vor einiger Zeit in amtlicher Eigenschaft an die diplomatischen Vertretungen Frankreichs im Ausland tele-graphische Aufforderungen gerichtet hat, ihren Einfluß zugunsten des auf der Rippe stehenden Unternehmens auszuüben.

Bar schon dieses Eingreifen einer staatlichen Behörde zugunsten eines privaten Geschäfts höchst bedenklich, so erhielt das Mandat noch einen besonders unangenehmen Beigeschmack dadurch, daß der Bruder des Generalsekretärs Berthelot, der Senator Berthelot mit an der Spitze der China-Bank stand. Hier verknüpfte sich also nicht nur die staatliche Politik mit privaten finanziellen Interessen, sondern es ergab sich auch ein sehr peinlicher Zusammenhang zwischen der Bank und einem sehr hohen Staatsbeamten. Unsere französischen Genossen haben auf diese Dinge sehr eindringlich hingewiesen und mit Recht aus so bösen Erfahrungen den Schluß auf die Notwendigkeit der Ver-gesellschaftung des Finanzwesens gezogen.

Eine Welle sah es so aus, als ob die Affäre der China-Bank auch Herrn Briand und anderen Ministern verhängnisvoll werden könnte. Diese Gefahr mag durch den Rücktritt Berthelots, der übrigens zu den Anhängern der scharfen Tonart gegenüber Deutschlands gehörte, gebannt sein.

Gegen die Sanktionen

Die Deutsche Friedensgesellschaft veröffentlicht folgende Kund-gung gegen die Sanktionen:

Die deutsche Rechtsauffassung, daß die "Sanktionen" in dem Augenblick aufzuheben waren, in dem das Ultimatum angenommen war oder wenigstens, so bald auch von der Gegenseite die Aufrichtigkeit der Bemühungen zur Erfüllung der Deutschland auferlegten Bedingungen anerkannt wurde, ist in weiten Kreisen des Auslandes, auch in Ländern der Entente anerkannt worden. In Frankreich wird diese Rechtsauffassung noch bestritten. Auf jeden Fall aber liegt klar zu Tage, daß das Fortbestehen der Sanktionen, die in das deutsche Volk und Wirtschaftskreis so empfindlich einschneiden, eine tiefe Erbitterung schaffen muß. Der heutige Zustand bildet ein schweres Hindernis für die Wieder-erlangung der Völler und für die Wiederherstellung internationalen Vertrauens. Und wenn in den herrschenden Kreisen Frankreichs der Gedanke der Völlerverständnis zurücktritt hinter dem Interesse an der Erfüllung deutscher Verpflichtungen, so möge man sich klar machen, daß in Deutschland keine Regierung, die ehrlich bemüht ist, die Bedingungen des Ultimatums auszuführen, sich halten kann, wenn nicht auch das deutsche Volk die Über-zeugung gewinnt, daß auch auf der anderen Seite der gute Wille vorhanden ist, deutschen Lebensinteressen Rechnung zu tragen. Der Glaube daran ist durch trübe Erfahrungen, insbesondere durch Entscheidungen des Völlerbundes in Fragen des Saargebietes schon schwer genug erschüttert. Eine Politik, die nur darauf be-dacht ist, Deutschland unter äußerem Zwang zu halten, untergräbt die Voraussetzungen deutscher Leistungsfähigkeit so gut wie die Voraussetzungen einer freiheitlichen wahrhaft demokratischen Ent-wicklung in Deutschland. Sie besorgt in verhängnisvoller Ver-blendung die Geschäfte der deutschen Reaktion. Soll Europa zur Ruhe kommen und soll der Gedanke Kraft gewinnen, daß aus-schließlich doch auch im Leben der Völler das Recht herrsche über die Gewalt, so müssen die Sanktionen fallen, nicht in einer ungewissen Zukunft! Stüd für Stüd, sondern sofort und insgesamt!

Die ungarischen Republikaner. Die republikanische Bewegung nimmt neuerdings im ganzen Lande zu. An zahlreichen Orten wurden Gruppen der republikanischen Partei begründet. Eine Interpellation in der Nationalversammlung fordert die Regie-rung auf, Schritte zur Bekämpfung der republikanischen Propa-ganda zu unternehmen, da diese eine Gefahr für den inneren Frieden des Landes bedeute. Eine republikanische Versammlung in der Hauptstadt wurde von der Polizei verboten.

Internationale Einigung durch den gemeinsamen Klassenkampf

Von Georg Ledebour

Das Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien hat in Frankfurt a. M. vom 8. bis 10. Juli Stellung genommen zu einer Anzahl aktueller Zeit-fragen. In den Vordergrund trat bei unsern Beratungen die Frage des Verhältnisses zu den andern internationalen Organisationen des Proletariats und damit die weitere der internationalen proletari-schen Einigung. Den unmittelbaren Anstoß zu diesen Erörterungen und dem sie abschließenden Beschluß hatte die Resolution der englischen Labour Party wegen einer allgemeinen internationalen Konferenz gegeben.

Wie aus der veröffentlichten, übrigens einstimmig ge-faßten, Resolution hervorgeht, sind wir zur Ablehnung des Vorschlages einer allgemeinen internationalen Konferenz gekommen, haben uns jedoch bereit erklärt, in einer Zu-sammenkunft mit Vertretern der Labour Party die inter-nationalen Fragen zu besprechen.

Die Ablehnung des Konferenzvorschlages hatten die Ver-fasser der Resolution dadurch unvermeidlich gemacht, da sie als deren Zweck die Stärkung der Zweiten Internationale betonten. Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, daß wir eine solche Zumutung rundweg abzulehnen hatten. Doch das ist ja nur die rein formelle Seite der Sache. Auch sachliche Gründe hätten uns zur Ablehnung einer besser be-süßworteten Einladung bringen müssen.

Schon der Hinweis darauf, daß es notwendig sei, den demokratischen Gedanken gegenüber der Diktatur zur Geltung zu bringen, zeigt, daß die Brightoner Resolutionisten an einer bedauerlichen Unklarheit leiden. Die I. A. S. P. hat in Wien sich bemüht, nachzuweisen, daß das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats keineswegs die Anwendung demokratischer Methoden ausschließt und daß von zeitlichen und örtlichen Entwicklungsbedingungen die Wahl der Methoden des proletarischen Klassenkampfes ab-hängt. Um den Genossen der Labour Party dafür jeht wenigstens das Verständnis zu erschließen, haben wir in unserm Antwortschreiben die einschlägigen Sätze der Wiener Konferenz zitiert. Es wird allerdings noch einige Zeit dauern, bis unsere Auffassung Gemeingut aller proletarischen Klassenkämpfer wird, denn bisher haben sich Kommunisten und Rechtssozialisten in die Hände gearbeitet mit der Be-hauptung, Demokratie und proletarische Diktatur seien un-verböndliche Gegensätze. Aber auch da können wir uns dar-auf verlassen, daß die Tatsachen ihre Logik schließlich auch durch die dicksten Schüdel hindurchhämmern werden.

Die Einberufung einer Konferenz aller internationalen Organisationen des Proletariats zur Vorbereitung ihres Zusammenstufes zu einer weltumfassenden einheitlichen Internationale, wird schließlich jeht noch dadurch behindert, daß sie nicht durchweg auf dem Boden des proletari-schen Klassenkampfes stehen. Das Bekenntnis dazu und die Betätigung dieses Bekenntnisses vor allem, ist aber die Vorbedingung für jede Partei oder gewerkschaftliche Or-ganisation, die die Mitwirkung in der großen Internatio-nale der Zukunft erstrebt. Damit hapert es aber bei den in der sogenannten Zweiten Internationale verbliebenen Par-teien bedenklich. Ehe sie sich nicht durchweg durchgerungen haben zu einer unzweideutigen Klassenkampftaktik, kann gar keine Rede von einem internationalen Zusammen-schluß mit ihnen sein, wie ja auch heute noch einer der wesentlichsten Gründe für die Parteispaltung in Nach-deutschland die Tatsache ist, daß die Rechtssozialisten in Nach-wirkung ihrer Kriegspolitis mit den bürgerlichen Parteien Regierungskoalitionen bilden. Die gleiche Rückständigkeit weißt die heftigste Partei auf, nicht minder eine Hauptsäule der Zweiten Internationale.

Die Labour Party hat erfreulicherweise in Brighton einen kräftigen Aus zum proletarischen Klassenkampf hin gemacht, indem sie sich in einer besonderen Resolution gegen jede Regierungs-koalition mit kapi-talistischen Parteien erklärte. Damit ist sie in prinzipieller Klarheit weit hinausgewachsen über die deutschen Rechtssozialisten. Und deshalb können wir uns auch trotz unserer Abweisung des allgemeinen Konferenzgedankens uns von einer Sonderbesprechung mit den Vertretern der Labour Party für die Weitererbreitung unserer internationalen Stre-bungen einen Erfolg versprechen.

Um die Haltung der Labour Party richtig zu würdigen, muß man im Auge behalten, daß sie nicht eine organi-satorische Einheit darstellt, sondern ein Bündnis selbständiger proletarischer Parteien und Gewerkschaften zur Verrei-bung gemeinsamer Vertretung im Parlament ist. Innerhalb der Parlamentsfraktion der Labour Party ist die geistige Leitung ihrer vorgeschrittensten Körperschaft, der Independent Labour Party (Unabhängige Ar-beiterpartei), zugefallen, derjenigen Partei, die sich als Vor-kämpferin des proletarischen Klassenkampfes auf dem Wiener Kongreß der I. A. S. P. angeschlossen hat. Wie be-trachtend und vorwärtstreibend die I. L. P. auf die Labour Party wirkt, das zeigt die in Brighton erfolgte Abfrage an den Gedanken einer Koalition mit bürgerlichen Parteien.

So ist das, was sich auf internationalem Gebiete abspielt, ein Spiegelbild der Entwicklung in Deutschland selbst. Hier wie dort ist es die U. S. B. D. samt den ihr verwandten Parteien anderer Länder, die den Weg zu dieser Einigung zeigen: Bedingungsloses Einschwenken in den proletarischen Klassenkampf, ohne in Bündnisse mit kapitalistischen Parteien oder in die Nachahmung der terroristischen Herrschaftspraktiken jener kapitalistischen Parteien zu entscheiden, wie es die Moskauer gemacht haben oder deren kommunistische Nachtreter in Westeuropa machen wollen. Durch die gemeinsame Durchführung proletarischer Klassenkämpfe wollen wir allmählich die Rechtssozialisten und Kommunisten wieder an Gemeinsamkeit des Denkens (entgleisten), Fühlens und Handelns gewöhnen, die dem Proletariat den Sieg über seine mächtigen Feinde verbürgt. Noch ist es nicht so weit; aber wir sind auf dem Wege dazu in Deutschland wie in der ganzen Welt!

Herrn Schiffers verfehlte Veranstaltung

Die Rede, in der der Justizminister Schiffer vor Parlamentariern und in- und ausländischen Pressevertretern die Angriffe des französischen Ministerpräsidenten gegen die Kriegsverbrecher-Urteile des Leipziger Reichsgerichts zu entkräften versuchte, hat in Paris starkes Aufsehen erregt. Man spricht in den Zeitungen von einer Provokation Briands und will aus den Worten des Justizministers erkennen, daß das deutsche Kabinett mehr und mehr dem Nationalismus der Rechtsparteien verfallen. Die Rede lasse sich um so weniger verstehen, als ähnliche Anklagen gegen die deutsche Rechtspflege, wie sie Briand erhoben habe, ja schon mit gleicher, wenn nicht noch mit größerer Schärfe von vielen Parteien des Reichstags ausgesprochen worden seien.

Diese Wirkung war zu erwarten. Deshalb haben wir die ganze Veranstaltung des Herrn Schiffer von vornherein für höchst verfehlt und bedenklich gehalten. Wie kommt zunächst ein Minister dazu, die Räume eines Klubs seiner Partei zu benutzen, um vor Parlamentariern und Presseleuten Erklärungen abzugeben, die sich gegen eine ausländische Regierung richten? Der Platz für solche Ausführungen ist der Reichstag, wo dann auch die Parteien kritisch Stellung nehmen können. Wollte man nicht warten, bis sich der Reichstag wieder versammelt, so hätte man mindestens den Auswärtigen Ausschuss zusammenberufen sollen. Oder wenn es gar nicht anders ging, hätte die Regierung ihren Standpunkt schließlich durch eine entsprechende Erklärung in der Presse wahrzunehmen vermocht.

Auf alle Fälle war, von dem Um und Auf ganz abgesehen, der Minister der Justiz nicht die kompetente Persönlichkeit für eine Auseinandersetzung mit dem französischen Ministerpräsidenten. Es handelt sich hier um eine auswärtige Angelegenheit, in der, wenn überhaupt gesprochen werden sollte, dem Gesamtkabinett oder dem Minister des Auswärtigen das Wort gebührt. Wir wissen nicht, ob Herr Schiffer im eigenen Namen oder einem Auftrag seiner Kollegen folgend geredet hat. Sicher aber es ist gänzlich unangebracht, daß der Vertreter irgendeines beliebigen Ressorts sich in dieser Weise in Fragen der auswärtigen Politik einmischt.

Aber mit der Kritik an der formellen Seite der Sache ist es nicht genug. Es war überhaupt höchst überflüssig, daß die Regierung oder eines ihrer Mitglieder in die Arena trat. Was soll denn damit erreicht werden? Lutz noch so nachdrücklich wiederholte Versicherung bringt man den Franzosen doch nicht den Glauben an die absolute Objektivität der Reichsgerichte bei, und es kann niemanden wundern, daß sie sich auch nach der Rede Schiffers wieder auf die Urteile bezogen, die von den deutschen Parteien der Linken über die deutsche Justiz gefällt worden sind. Will man den Ruf der Justiz heben, so soll man dafür Sorge tragen, daß im Inland und Ausland der Eindruck zerstört wird, als sei die Rechtsprechung bewußt oder unbewußt eine Waffe in der Hand der herrschenden Klassen und der alten Gewalten.

Staffelung des Brotpreises

Der Brotpreis soll in Deutschland außerordentlich stark erhöht werden. Die Erhöhung kommt in dem Augenblick einer schweren Krise, und sie trifft mit voller Wucht die arbeitenden Massen, die durch die Geldentwertung, durch das Zurückbleiben der Löhne hinter den Preisen ohnedies in ihrer Lebenshaltung außerordentlich gedrückt sind und, auch wenn sie arbeiten, kaum das Existenzminimum sich sichern können. Die bürgerlichen Parteien haben im Reichstag unseren Antrag, durch gesetzliche Maßnahmen dafür zu sorgen, daß im Verhältnis der Neubelastung des Arbeiterhaushalts durch die Brotpreiserhöhung eine Steigerung des Einkommens erfolge, ohne lange Begründung niedergestimmt. Ebenso haben die bürgerlichen Parteien stets eine Differenzierung der Brotpreise für die Reichen und für die Armen abgelehnt.

Ganz anders in Oesterreich. Auch dort wird gegenwärtig der Brotpreis erhöht. Aber anders als in Deutschland erkennt man dort die Tatsache, daß es Arme und Reiche gibt, an. Der Brotpreis wird gestaffelt. Das Gesetz, das am 12. Juli im Budgetausschuss angenommen wurde und an dessen Annahme im Parlament nicht zu zweifeln ist, teilt die Verbraucher in drei Gruppen. In die Obergruppe kommen alle, die schon im Jahre 1920 ein Einkommen von mehr als 400 000 Kronen hatten. (10 Kronen sind etwa gleich 1 Mark.) Ihnen wird nichts mehr geschenkt. Sie müssen für Brot und Mehl so viel bezahlen, als sie dem Staat kosten, für ein Brot also ungefähr 60 Kronen. In die Mittelgruppe kommen alle anderen, sofern ihr Einkommen im Jahr 1920 mehr als 15 000 Kronen auf den Kopf der Familie — also zum Beispiel 60 000 Kronen bei einer Familie von vier Köpfen — betrug. Sie werden für das Brot ungefähr 40 Kronen bezahlen müssen. Die Vermitteln, deren Einkommen auf den Kopf der Haushaltung im Jahre 1920 weniger als 15 000 Kronen betrug, kommen in die Untergruppe. Ihnen wird der Staat das Brotmehl auch in Zukunft umsonst geben; sie werden daher für das Brot nur so viel bezahlen, als die Backkosten betragen. Damit erkennt die österreichische Gesetzgebung das Prinzip des Klassenpreises an: niedrige Preise für die Armen, höhere Preise für die Wohlhabenden, die höchsten für die Reichen.

Besondere Bestimmungen werden für die Arbeiter, Angeestellten und Beamten getroffen. Sie werden ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens — also auch dann, wenn ihr Einkommen schon im Jahre 1920 mehr als 15 000 Kronen auf den Kopf der Familie betrug — in die Untergruppe eingereiht; sie werden also nur die Backkosten, nicht das Brotmehl, bezahlen. Der Staat aber wird für diese Begünstigung der Arbeiter und Angeestellten dadurch entschädigt, daß die Unternehmer

ihm eine besondere Steuer entrichten müssen, die nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter bemessen und durch die Krankenkassen eingehoben wird. Auch das ist der Sieg eines neuen Prinzips: die Kosten der Verbilligung des Brotes für die Arbeiter hat nicht mehr der Staat, also nicht mehr die Gesamtheit, zu bezahlen, sondern die Unternehmer.

Damit sind, wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ mit Recht betont, zwei wichtige Prinzipien proletarischer Wirtschaftspolitik durchgeführt: „Der Staat kann nicht auf die Dauer zwanzig Milliarden Kronen im Jahre auf die Lebensmittel daraufzahlen. Denn das ist eine der Hauptursachen des riesigen Defizits im Staatshaushalt, also eine der Hauptursachen der fortwährenden Vermehrung des Banknotenumlaufs und damit der fortschreitenden Teuerung. So bezahlen wir schließlich durch Verbilligung der anderen Waren, was wir am Brote ersparen. Das soll nun anders werden: der Staat soll nicht mehr für alle, sondern nur noch für die Bedürftigen auf das Brot draufzahlen, und er soll die Kosten der Brotverbilligung nicht mehr durch Banknotenausgabe, sondern wenigstens teilweise aus Steuern der Unternehmer decken.“

Man sieht, es wäre durchaus möglich, die Preiserhöhung des Brotes, die aus verschiedenen Gründen vielleicht nicht aufzuhalten war, wenigstens sozial erträglich zu gestalten. Aber unsere bürgerlichen Parteien weisen alle Anträge auf eine solche soziale Gestaltung ab. Ihre einzige Sorge gilt der möglichst raschen Wiederherstellung der freien Wirtschaft und dem Schutz der daraus sich ergebenden Gewinne vor neuen Steuern. In Oesterreich ist es der gestohlenen Macht der Arbeiterklasse, aber auch ihrer Einsicht in das jeweils Erreichbare und zu Verwirklichende gelungen, die Erhöhung des Brotpreises abzuwälzen. In Deutschland werden wir in verhältnismäßig kurzer Zeit von neuem vor dieselbe Frage gestellt sein. Dann wird es notwendig sein, aus den österreichischen Erfahrungen für uns die Nutzenwendung zu ziehen.

Schwarze Schmach und schwarze Treue

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“, das Zentralorgan für alle politischen Rinder der Reichshauptstadt, gehört zu jenen deutschnationalen Blättern, die die Anwesenheit schwarzer Franzosen im Rheinland dazu benutzen, um in Deutschland den Haß gegen die weißen Franzosen zu schüren. Wir finden es gewiß nicht in der Ordnung, daß die Besatzungstruppen aus einem so großen Teil aus Regentruppen zusammengesetzt werden — nicht deswegen, weil wir die Schwarzen für untergeordnete Menschen halten, sondern weil die militärische Polizeiaufsicht der Truppen dem Gefühl eines Teiles der Bevölkerung widerspricht — wahrheitsgemäß mehr den Männern als den Frauen. Die Ablehnung der schwarzen Truppen aus demokratischen Grundätzen (abgesehen von allen antimilitaristischen) hat natürlich mit der dummen und niedrigen Hege gegen die schwarze Rasse nichts zu tun. Diese Hege ist um so alberner, als gerade die deutschnationalen Blätter des Lobes und der Begeisterung voll waren für die Anhänglichkeit und Treue der Regentruppen, die im Weltkrieg auf deutscher Seite kämpften.

Mittwoch früh liest nun der treue Abonnent des „Lokal-Anzeigers“ auf Seite 1 ein Telegramm, in dem die Verwendung der schwarzen Truppen im Rheinland als die „größte Barbarei der Weltgeschichte“ bezeichnet wird, „eine Missetat gegenüber unserer Rasse und ein Hohn auf die Kultur.“

Auf der zweiten Seite desselben Blattes folgt ein längerer Artikel mit dem Titel „Die dankbaren Papuas“. Ein Major a. D. namens Dehner, der außerdem im Verlag des „Lokal-Anzeigers“ ein Buch „Vier Jahre unter Kannibalen“ veröffentlicht hat, teilt in einer Zuschrift mit, daß der Kaiser-Stamm auf Neu-Guinea der Rasse der Kolonial-Zentral-Verwaltung einen Beitrag von über 3000 M. überwiesen hat, wie der Major mitteilt, „eine Spende, freiwillig und ohne Antriebe gegeben (auch im „Lokal-Anzeiger“ gesperrt gedruckt), gesammelt aus dem Grund mehrjähriger harter Arbeit gemachten Ersparnissen.“

Nachdem der Major die Barbarei dieses Deutsch vollauf hat, fährt er fort, die Treue, Anhänglichkeit, unermüdliche Arbeitslust und die „Liebe zum deutschen Wesen“ zu rühmen und den Papua-Kannibalen folgenden Gedanken bei ihrer Spende zu unterstellen: „Nimm das wenige, über das wir verfügen, und verwende es zu einem wohlthätigen Zweck oder zur Ehrung der gefallenen Helden.“

Die Verwendung von Negern, die das „deutsche Wesen“ so lieben, ist also die „größte Barbarei der Weltgeschichte“, wenn sie Gelegenheit gibt, die weißen Völker untereinander zu verheizen. Wenn aber ein Stamm, der nach den eigenen Angaben des deutschen Majors von Menschenfresserei lebt, in seinem Zustand vollkommener Artlosigkeit und tierähnlicher Anhänglichkeit an seine weißen Offiziere sein Verheizen hergibt für irgendwelche ihm ganz unbekannte und unverständliche Zwecke, dann bricht der deutsche Major und das deutschnationalen Blatt in Tränen aus und schließt seinen Bericht mit folgenden Worten: „Diese freiwillige Geldspende legt der hundertfach bewährten Treue dieser Menschenfresser die Krone auf und läßt hoffen, daß auch sie einst dem zu ihnen zurückkehrenden deutschen Wesen entgegenzuwachen (huhu!) werden, mahnt aber auch alle Deutschen, nie zu vergessen, was dieses anhängliche Völkchen (von Menschenfressern) getan hat, um sein Deutschum in die Tat umzusetzen.“

Ohne Krieg gehts nicht

Die „Deutsche Tageszeitung“ singt in einem Leitartikel dem oberösterreichischen Selbstschutz ein Loblied. Das besondere Entzücken des albenischen Blattes wird durch die Tatsache ausgelöst, daß gleichzeitig, da „der augenblickliche Kanzler Dr. Wirth selbst in die Arena steigen mußte, um der erfreulich schnell zum jüdischen Sportschützen und zur sozialdemokratischen Parteiführerin avancierten schwarz-rot-goldenen Couleur eine Galgenfrist (!) zu verschaffen“, der Selbstschutz in Oberösterreich unter den Farben schwarz-weiß-rot kämpfte. Und wie eine Erinnerung aus Deutschlands „großer Zeit“ und ein verheißungsvolles Zukunftsschilder leuchtet es aus der Feststellung:

„Und diese Farben waren liegreich, nicht nur da, wo sie sich gegen den weißen Polenadler erhoben. Denn das launische Weltgeschick hat gewollt, daß einmal und zum ersten Male seit dem Zusammenbruch wieder eine deutsche Macht gezeigt werden konnte und daß das außerhalb des Machtbereichs der deutschen Regierung geschah.“

Ja, man würde sich selbst betrogen, wollte man glauben, die Lust zum Kriegslügen wäre den Albenischen nach der großen militärischen Pleite vergangen. „Mit Mann und Roß und Wagen hat sie der Feind geschlagen“, aber sie haben noch nicht genug. Sie wollen auch neue in den Kampf ziehen und die deutsche Macht dokumentieren. Sie können nicht leben ohne Krieg. Und da dem Krieg gegen das deutsche Proletariat nach Roskes Abgang ein Ende gesetzt werden mußte, so suchen sie den Krieg wieder „außerhalb des Machtbereichs der Regierung zu verlegen“. Der

„Selbstschutz“ zeigt nach der Auflösung der alten Armee den Weg, auf dem ein neues Heer gebildet werden kann. „Wer den Geist gespürt hat“, so schließt die von großer Befriedigung erregende Betrachtung, „der die jungen Kämpfer des Selbstschutzes in Oberrhein, alle und ohne Unterschied der Partei und des Standes herkommens, befehlet hat, der hat die Zuversicht erwonnen, daß der Tag kommt, wo fast des vergesslichen Weltkriegs um Gnade der Deutsche dem Deutschen zur Freiheit helfen wird — durch Selbstschutz!“

Hier wird also mit aller nur wünschenswerten Offenheit besinnelt, daß der „Selbstschutz“ nur ein Ersatz für das abgebaute Heer sein soll. Um aber die nötige Freiheit zu solchem Handeln zu erlangen, ist notwendig — und das wird ebenfalls angedeutet —, daß der Selbstschutz sich dem Einfluß der Regierung entzieht oder diese und die ganze Republik beseitigt. Es ist also ganz offenbar, daß dieser Selbstschutz eine Gefahr nicht nur für die Republik, sondern für den Frieden überhaupt ist.

Erstappyl

Als wir kürzlich die verdummenden und verrohenden Wirkungen darstellten, die von der Veranstaltung der Boxerkämpfe und von der Aufschmelzung der Sensationslust durch die Presse ausgehen, da erklärte uns das „Berliner Tageblatt“ sehr überlegen, es sei mit der Grundtendenz ganz einverstanden, es habe die langen Telegramme aus London und Paris über den Kampf um die Weltmeisterschaft auch nur in der Absicht gebracht, diese unschönen Dinge wegen ihrer abschreckenden Wirkung den Lesern vorzuführen; im übrigen aber seien unsere Anklagen gegen die kapitalistische Zivilisation, die Macht des Geldes und der Sensationspresse nicht gerechtfertigt.

Gestern nun bringt dasselbe Blatt eine neue Sportbeilage, und auf der ersten Seite sieht man die Bilder der berühmtesten Boxer, zum Teil nur mit einer kurzen Hölle beschriftet, was einem Teil der weiblichen Leserschaft nicht ganz unerwünscht sein dürfte. Dazu einen langen Artikel: „Nach dem Kampf um die Weltmeisterschaft“ von einem gewissen Joe Edwards. Es ist eine begehrtete Schilderung der Boxerkämpfe. Wir hören, daß es Länder gibt, in denen die Weltmeisterschaft der Fäuste mehr als das wichtigste Pferderennen, als Präsidentenwahl oder Verleihung des Nobelpreises“ bedeutet. Der Mann scheint der Ansicht zu sein, daß die Rückständigkeit Deutschlands auf diesem Gebiete ein Unglück ist. Er klagt, daß der Boxsport trotz aller feiner Bemühungen „vor dem Kriege den Behörden und folglich auch dem größeren Publikum ein verriegeltes Buch geblieben“ sei. Aber er tröstet uns mit der Anerkennung, daß „wir das Zeug dazu haben, uns in diesem Sport besonders hervorzutun“. Nur eine Bedingung knüpft er daran, und wir nehmen an, daß er dabei die Sympathie des „Berliner Tageblattes“ hat: „Die Methode, den ausblühenden deutschen Boxsport durch widersinnige Steuern zu ersticken, muß schleunigst weichen.“

Damit ist der Beweis erbracht, daß jene verurteilenden Bemerkungen der Redaktion sehr nebensächlich waren, daß der Verlag des Blattes keinen Moment lang zögert, den Boxsport zu propagieren, weil es damit seinem Leserkreis zu gefallen glaubt, also aus der Befriedigung schlechter Einkünfte Gewinn ziehen kann.

Wir aber halten diese Propaganda für schamhaft, weil einer der besten Ausartungen der Massenverdrummung und Verrohung damit Vorschub geleistet wird. Dies geschieht in einer Zeit, wo ohnedies die Wettleidenschaft und der Hang zur Gewalttätigkeit in verderblichem Maße zunimmt. Gerade weil wir wissen, daß das Weiten und die Beschäftigung mit den Sportkämpfen und Pferderennen nicht, wie einst, auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis beschränkt ist, sondern auch viel zu große Kreise der Arbeiterklasse, namentlich der jüngeren, erfasst hat, treten wir diesem Treiben, das das „Berliner Tageblatt“ begünstigt, entgegen. Wir wissen, daß die einseitige Berufslosigkeit des industriellen Arbeiters, die Lebensweise des Stüdlers überhaupt, körperliche Betätigung in gewissen Grenzen notwendig und nützlich macht. Aber diese Ueberfütterung der sogenannten „körperlichen Erhaltung“ kann zu einer Gefahr werden. Einst war es der Stolz des jungen Arbeiters, sich in mühsamem Ringen die Grundzüge des wissenschaftlichen Sozialismus anzueignen und unsere großen Dichter und Schriftsteller zu lesen. Heute wird das Interesse immer mehr auf's Turnen, auf's Wettspiel, auf das Fußballspiel gelenkt, und von da ist nur ein Schritt zu den eigentlichen Sportinteressen, zu der Beschäftigung mit so wichtigen Fragen, ob dieser oder jener Gaul zuerst ans Ziel kommt, dieser oder jener Hockling zuerst den anderen niederstößt. Und das Geld wandert statt zum Buchhändler zum Buchmacher.

Diese Entwicklung, die von oben her durchaus begünstigt wird, ist für die Arbeiterklasse eine Gefahr. Und wer das intensivste Interesse der englischen und amerikanischen Arbeiterklasse an Sportbetätigung und Sportereignissen kennt, wer da weiß, daß es das politische und soziale Interesse oft in den Hintergrund drängt, kann nicht früh und nicht eindringlich genug vor dieser Gefahr warnen. Gerade weil die bürgerliche öffentliche Meinungsmacht diese Dinge in so raffinierter Weise fördert, muß innerhalb der Arbeiterklasse die Gegenwirkung einsehen. Es muß wieder das Bewußtsein lebendig werden, daß unsere Jugend und unsere Erwachsenen gegen sich selbst und gegen ihre Klasse sich verkehren, wenn sie, statt auf die geistigen Kämpfe unserer Zeit sich vorzubereiten, dem Kampf der Fäuste in den Sportpalästen ihr Interesse schenken.

Graf Berchtold in München

München, 14. Juli.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: Der frühere österreichische Außenminister Graf Berchtold, der bisher in der Schweiz Aufenthalt genommen hatte, weil seit einigen Tagen in München. Wie man hört, in politischer Mission.

Graf Berchtold ist Monarchist. Wenn er „in politischer Mission“ in München weilt, so heißt das soviel: er wird zusammen mit den Kahrleuten neue Pläne zur Wiederherstellung der Monarchie schmieden. Bayern ist für solche Besprechungen der geeignete Ort.

Schwere Explosion in Reife

Reife, 14. Juli.

Im Munitionsdepot auf dem benachbarten Grenzflughafen Stefandorf ist ein Benzintank und ein danebenliegender Schuppen in die Luft geflogen. Drei Personen wurden getötet und fünfzehn verletzt, darunter eine schwer. Zwei Personen werden vermißt. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden in Stefandorf Hausdächer abgedeckt und in den benachbarten Ortsteilen Fensterhebeln eingedrückt. Vermutlich liegt Selbstentzündung vor.

Eine litauisch-lettische deutsche Eisenbahnkonferenz zur Erzielung einer Wagonkonvention trat in Rowno zusammen. Es nahmen an ihr sechs deutsche, sechs lettische und acht litauische Vertreter teil.

Stegerwalds Zusammenbruch

Die gestrige Landtagsitzung brachte, nachdem das Kommunalabgabengesetz verabschiedet war, die große politische Aussprache bei der Beratung des Notetats zum Staatshaushalt. Zuerst sprach der Kommunist Gesche, der die Anträge seiner Partei begründete. Der Redner verstand es nicht, seinen Ausführungen eine klare politische Linie zu geben. Er trug eine Reihe von Beschwerden vor, die an sich gewiß berechtigt und charakteristisch waren für die Politik des Ministeriums Stegerwald. Die großen Fragen aber, die gegenwärtig das politische Leben berühren, die Stellung, die das Proletariat zu ihnen einnehmen muß, waren dem Redner ein Buch mit sieben Siegeln.

Nach ihm sprach der Deutschnationale Baeder, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“. Er begründete den Antrag seiner Partei über die Aufhebung der Sanktionen und nahm die Gelegenheit wahr, eine jener nationalistischen Hehreden vom Stapel zu lassen, die ganz dazu angetan sind, die außenpolitischen Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland befindet, zu vergrößern. Die Sanktionen belasten unser Wirtschaftsleben schwer. Der deutschnationale Vorstoß gegen sie, die Gründe, die Herr Baeder dabei anführte, konnten aber, wenn sie schon einen Eindruck machen sollten, nur dergestalt wirken, die Sanktionen überhaupt nicht aufzuheben. Herr Baeder spielte die Remanistenstreife in Kleinasien gegen die Entente aus, spendete den Armenierschlächtern hohes Lob und meinte schließlich, daß sich Deutschland eines Tages Kemal Pascha zum Vorbild nehmen könne.

Geradezu verbrecherisch war aber seine Anspielung auf die Vorgänge in Irland. Herr Baeder hatte vorher unter anderm behauptet, die Deutschnationalen trieben keine Babanquepolitik. Durch seine Ausführungen bewies er jedoch, daß diejenigen Kreise, die Deutschland ins Unglück gestürzt haben, ihre Babanquepolitik fortsetzen und immer von neuem wieder Unheil über das Volk heraufbeschwören.

Herr Wiemer, der zur Deutschen Volkspartei hinübergewechselt, wußte nichts Wesentliches vorzubringen. Seine Rede blieb matt und ohne jeden Eindruck. Etwas Leben kam erst in das Haus, als der Abgeordnete Heilmann das Wort ergriff. Er gestellte mit beiführender Schärfe die Politik des Kabinetts Stegerwald und trug eine Reihe von markanten Fällen vor, die sich unter der neuen Regierung bisher zugetragen haben. Dominicus fühlte sich auf seinem Pflanz nicht wohl. Die Angriffe waren ihm peinlich. Er versuchte sie durch ein gemachtes Lächeln abzuwehren. Als Oppositionsrede war die Rede des Herrn Heilmann sicherlich sehr geschickt, wenn sie sich auf lediglich in dem Rahmen einer hergebrachten Parlamentsrede bewegte. Darüber, daß das Parlament doch nur einen recht bescheidenen Teil im Waffenarsenal des proletarischen Klassenkampfes darstellt, sind sich die Rechtssozialisten scheinbar noch nicht im klaren. Mit der fortgesetzten Betonung des nationalen Standpunktes läßt sich auf die Dauer ebenfalls keine politische Wirkung erzielen.

Von diesen Schwächen der Heilmannschen Rede, die allerdings zugleich markante Schwächen der rechtssozialistischen Politik sind, abgesehen, muß aber festgestellt werden, daß die Rede, als Ganzes betrachtet, dem Kabinett Stegerwald sicher sehr unangenehm war. Das bewies am besten der Ministerpräsident, der sich sofort nach der Rede Heilmanns zu einer Antwort erhob, die eine Abwehr der Angriffe darstellen sollte, in Wirklichkeit aber das Eingeständnis einer geradezu flagranten Hilflosigkeit war. Herr Stegerwald brachte ein paar philosophische Strohhümen, sonst sagte er nichts. Auf seine jetzigen Taten wagte sich Herr Stegerwald gar nicht erst zu berufen. Er schämte sich ihrer anscheinend. Und so beschwor er denn die Vergangenheit herauf, erzählte, was er früher geleistet habe, und was für ein guter Mensch er doch im Grunde genommen sei. Kein Wort über die Rechtfertigung seiner bisherigen Politik. Herr Stegerwald bestätigte damit nur, daß er überhaupt kein Politiker ist, ja er bewies, wie recht der schwedische Kanzler Ogenstjerna hatte, als er sagte: „Du weißt nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“

Die Stegerwaldsche Antwort bedeutet für sein Kabinett eine Katastrophe. An diesen Ministerpräsidenten und seiner Rede gemessen, müßte das Kabinett Stegerwald überhaupt erledigt sein. Schon heute kann gesagt werden: Wer hat Dich, o Stegerwald, aufgebaut so hoch dort oben!

Um die Wohnungsluststeuer

Mit großer Hastigkeit wurde gestern im Landtag um die Gestaltung der Wohnungsluststeuer, das Kernstück der kleinen Reform des Kommunalabgabengesetzes, gerungen. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hatten am Mittwoch durchgesetzt, daß die Steuer nicht höher sein dürfe, als die Miete über der Mietwert für den steuerbaren Teil der Wohnung bedragt. Durch diese Bestimmung wurden den Gemeinden in der Höhe der Steuer die Hände gebunden.

Die Rechtssozialisten beantragten gestern entsprechend einem von unseren Genossen gestellten Antrage die Streichung dieser Bestimmung. Dagegen wehrten sich die Deutschnationalen und Volksparteier mit Händen und Füßen, was unseren Genossen Leid veranlaßte, diese Steuerdrückberger festzunageln. Inzwischen war es den Arbeitervertretern der Zentrumspartei gelungen, ihre Forderung zu einer Änderung ihres am Tage zuvor eingebrachten Standpunktes zu bringen, und so beantragte das Zentrum, die Steuer nur für das erste Zimmer in der Höhe der Miete oder des Mietwertes festzusetzen, sonst aber den Gemeinden freie Hand zu lassen. Das veranlaßte den Redner der Volkspartei, die Berücksichtigung auszusprechen, daß dann die Gefahr ründe, die Gemeinden würden sich durch höhere Besteuerung der weiteren überschüssigen Zimmer schädlich halten.

In der Abstimmung wurde der Antrag auf Streichung der die Gemeinden bindenden Bestimmungen abgelehnt und der Antrag des Zentrums angenommen. Dadurch wurde es auch unserer Forderung möglich, dem ganzen Gescheh zuzustimmen, da eine Ablehnung des so gestalteten Gesetzes auf ein Geschenk an reiche Leute hinausgelaufen wäre. Deutschnationale und Volksparteier stimmten mit den Kommunisten gegen das Gesetz.

Die Postüberwachung

Der Betriebsrat der Postüberwachungsstelle ersucht uns um Aufnahme der folgenden Zeilen:

Die Überwachung der Auslandspost hat ihre gesetzliche Grundlage in der Verordnung vom 15. November 1918 (R.G.B. I. S. 1324), wonach die Postüberwachung mit dem Ausland bis auf weiteres aufrecht erhalten wird, soweit sie im Steuerinteresse oder aus wirtschaftlichen Gründen erforderlich ist. Auf militärische oder politische Angelegenheiten darf die Überwachung nicht erstreckt werden.

Diese einseitige gesetzliche Maßnahme räumt keinem deutschen Staatsbürger irgendwelche Sonderrechte bezüglich der Überwachung seiner Korrespondenz ein, und sind nur insoweit Ausnahmen für die Prüfung der Auslandspost vorgesehen, als sie durch Rücksichten auf die Post der ausländischen diplomatischen Vertretungen und auswärtigen regierenden Häuser geboten erscheint.

Die Angestellten der Postüberwachungsstelle haben ihre Aufgabe stets nur in steuerlichem und wirtschaftlichem Interesse des Reiches ausgeübt und weisen daher jede Unterstellung, sie arbeiteten im politischen Sinne, ganz entschieden zurück.

Die in Ihrem Blatte vom 12. Juni d. J. behauptete Prüfung der Briefpost von „zum Teil denselben Offizieren, die sich schon in der Kriegszeit mit der Briefzensur befaßt haben“, ist unwar. Wahr ist vielmehr, daß bei der hiesigen Postüberwachungsstelle aus jener Zeit nur noch ein ehemaliger Offizier der Landwehr tätig ist, der aber seine Prüfertätigkeit nur nach der Richtung der eingangs erwähnten Dienstordnung im Sinne des Kapitalfluchtgesetzes ausübt.

Es ist selbstverständlich, daß wir unsere Mitteilungen nicht gemacht haben, um die Angestellten der Postüberwachungsstelle zu schädigen, sondern um die Gefahr, daß die Überwachung der Postsendungen anstatt zur Verhinderung von Kapitalüberschiebungen zur Ausübung einer politischen Zensur im reaktionären Sinne vorgenommen werde, zu verhindern. Von den Angestellten wird versichert, daß die früheren Dienstansweisungen keine Geltung mehr hätten, sondern daß die Überwachung der Auslandspost lediglich nach den Grundsätzen vorgenommen werde, die in dem Schreiben zum Ausdruck gebracht seien.

Das große Reinemachen

Wer Besserung gelobt, kann bleiben

Moskau hat gesprochen, die große Balle gegen die Zentristen, Halbzentristen, Opportunisten, Saboteure und anderen Leuten ist erschienen. Das große Reinemachen bei den Kommunisten kann beginnen. Schon vor einigen Tagen hatte die „Rote Fahne“ verlangt, daß die ganze Leviguppe aus der Partei hinausgeworfen werden müsse. Die „Hamburger Volkszeitung“ bezeichnet es als Pflicht der Partei, „ihre Reihen von den Saboteuren der revolutionären Aktion, von denen, die sich über die Parteidisziplin belustigen und hinwegsetzen, zu säubern.“ Besonders scharf war die „Niederländische Arbeiterzeitung“ mit den Leuten ins Gericht gegangen.

Indem sich die Opportunistengruppe nur an die Beschlüsse eines einberufenen Parteitag gebunden erklärte, glaubte sie, freie Hand für ihre Politik auf eigene Faust zu haben. Von nun an nützte sie den Rahmen der Partei aus, um innerhalb der R.A.P.D. Zerplitterungsarbeit zu leisten. Sie scheute nicht zurück vor offenem Bruch der Parteidisziplin: der Parteiverrat wurde ein legales Mittel. Um das aber zu werden (eine Schlagkräftige Waffe), ist die Vertreibung der Leuten das erste Erfordernis. Sie bilden bereits heute eine festgeschlossene Gruppe in der Partei. In Berlin finden regelmäßig Vertrauensmännerversammlungen statt. Ein feines Netz organisatorischer Verbindungen zieht sich über das ganze Reich. In geheimen Rundschreiben werden Anweisungen und Mitteilungen gegeben. Der „Sowjet“ ist das politische Organ. Ein Spionageapparat übermitteln der menschewistischen Presse internes Parteimaterial.

Der Bezirksauschuß Lübeck forderte die Zentrale auf, „diesen Fährtenklingen um Levi sofort aus der Partei auszuschließen“. Allerdings will die Masse der Parteigenossen an dieser Reinigungsarbeit nicht beteiligt werden; das soll vielmehr das Werk der besonders erlesenen Parteigötter sein. Das „Ruhredo“ erklärte klipp und klar, daß „nur die allerwenigsten Kommunisten“ ein derartiges hochentwickeltes revolutionäres Pflichtbewußtsein besäßen, daß sie ohne irgendwelche äußere Bindung „die angeborene Neigung zur Passivität“ überwinden könnten. Dieser Zustand werde sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern.

Nachdem so der Masse der kommunistischen Mittläufer die Aufgabe zugewiesen worden ist, die Befehle der Oberen entgegenzunehmen, kommt schließlich der Oberstabschef Kadek, um in der „Roten Fahne“ zu sagen, wie die Beschlüsse des Moskauer Konzils auszuliegen seien. Wir hören:

„Der Ausschluß Levis wurde einstimmig gutgeheißen. Jede politische Mitarbeit mit ihm ist den Mitgliedern der Kommunistischen Internationale verboten; gleichzeitig kündigte Lenin in der russischen Kommission die Einbringung eines Antrages an, der den früheren Anhänger Levis jede Organisation als Fraktion verbietet. In der Debatte wurden alle Akte der Disziplinslosigkeit, der Sabotage der Rechte auf schärfste verurteilt. In meinem Schlusswort erklärte ich, unter Zustimmung des Kongresses, daß, falls zum zweitenmale solche Akte der Disziplinslosigkeit vorkommen sollten, die Exekutive der Kommunistischen Internationale die deutsche Partei auffordern wird, die Schuldigen aus der Partei auszuschließen.“

Für Levi selbst also bleiben die Tore der Moskauer Kirche noch geschlossen, die Leuten aber sollen noch einmal aufgenommen werden, wenn sie Besserung geloben und jede Gemeinschaft mit dem Reher ablehnen. Klara Zetkin, auf die Paul Levi seine letzte Hoffnung gesetzt hatte, scheint schon umgefallen zu sein. Es wird sich zeigen, ob die Düwelle, Däumig und die anderen Leuten, Zentristen und Halbzentristen größeren Mannesmut aufzubringen haben als diese Frau.

Moskau hat gesprochen, das große Reinemachen kann beginnen. Die kommunistisch gesinnten Arbeiter mit ihrer „angeborenen Neigung zur Passivität“ werden bis auf wenige Ausnahmen schweigend hinnehmen, was man in den geheimen Konsultationen der von Moskau erleuchteten Parteiführer zu beschließen für gut befindet.

Ein Protest Sowjetrußlands

Die Sowjetregierung hat an die Regierungen, die dem Bältebund angehören, eine Note gerichtet, in der gegen die Errichtung eines besonderen Kommissariats zur Hilfeleistung für die russischen Emigranten protestiert wird. Es sei ein Akt der Willkür, wenn für diese Zwecke, wie angekündigt worden sei, die Fonds der russischen Regierung im Auslande benützt werden sollten. Nur die Sowjetregierung habe das Recht, über diese Summen zu verfügen. Es sind zwingende Gründe dafür da, anzunehmen, daß diese Summen für Zwecke Verwendung finden, die sich gegen die russische Regierung richten. Die Erfahrung der letzten Jahre habe bewiesen, daß die Organisationen der russischen Emigranten, die im Auslande bestehen, immer gegen revolutionäre Gruppen seien, die ihre Fonds dazu verwenden, um Angriffe gegen das Gebiet der Sowjetrepublik zu provozieren. Jede Unterstützung, die durch Vermittlung dieser Organisationen den russischen Emigranten überwiesen werde, sei in Wirklichkeit eine Unterstützung der gegen die Sowjetrepublik gerichteten feindlichen Handlungen.

Die auswärtigen Vertretungen in Sowjetrußland

„Izwestija“ veröffentlicht ein Dekret, das die Rechte der diplomatischen Vertreter des Auslandes und der bei der Sowjetregierung beglaubigten Vertreter genau bestimmt. Die diplomatischen Vertreter genießen das Recht der Unverletzlichkeit für ihre Person und ihr Domizil, desgleichen sind sie von jeder Steuer

befreit; gegen sie darf kein gerichtliches Verfahren erhoben, noch dürfen sie in Haft gesetzt werden. Die Leiter der diplomatischen Vertretungen haben das Recht, mit ihren Regierungen durch Kurier und durch chiffrierte Briefe oder Telegramme zu korrespondieren. Die konsularischen Vertreter, die nach vorheriger Verständigung zwischen der Sowjetregierung und der betreffenden Regierung ernannt werden, genießen die durch das internationale Reglement festgesetzten Rechte, die in diesem Dekrete präzisiert sind.

Habsburger unter sich

U. Wien, 14. Juli.

Gestern Abend hat hier eine Sommernachts-Redoute stattgefunden, bei der der ehemalige Erzherzog Leopold von Toscana, der sich jetzt Leopold Wölling nennt, als Vortragender angekündigt war. Schon vor dem Auftreten des ehemaligen Erzherzogs horten ihm einige Aristokraten 140.000 Kronen an, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen. Leopold Wölling wies dieses Anerbieten ab und betrat das Podium. Er las aus seinen Memoiren „Habsburger unter sich“ ein Kapitel und erntete viel Beifall. Nach dem Auftreten des Erzherzogs kam es zu einer Riesenschlacht. Monarchistisch gesinnte Redoute-Besucher waren mit anderen Gästen zusammengelassen. Ohreigen, Puffe und Schläge fielen. Die Prügelei, an der sich ein Graf Salm und ein Margraf Pallavicini hervorragend beteiligten, erregte großes Vergnügen. Sodas schließlich Polizei eingriff und die Ruhe wieder herstellen konnte.

Der U-Boot-Krieg vor Gericht

3. Verhandlungstag

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung teilt der Oberreichsanwalt mit, daß Beweisanträge der Verteidigung, die nachweisen sollen, daß auch auf feindlicher Seite Mißbräuche vorgekommen seien, vom Gerichtshof als unerheblich abgelehnt worden sind. Die Verteidigung hatte trotzdem die betreffenden Zeugen direkt geladen. Das Gericht besinne sich nun in einer gewissen Zwangslage, da es jetzt diese Beweiserhebung nach dem geltenden Gesetze nicht ablehnen könne. Demgegenüber sei es das Recht der Anklagebehörde, Gegenbeweise vorzubringen, und es könne deshalb in Frage kommen, ob der Prozeß nicht zu vertagen sei, bis es möglich gewesen sei, diese Beweise zu erheben. Der Oberreichsanwalt behält sich vor, je nach dem Ergebnis der Verhandlung einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Auf Antrag des Oberreichsanwalts wird der zweite Offizier der „Llandovery Castle“ Chapman, nochmals vernommen. Er behauptet, die kanadische Bedienungsmannschaft des Schiffes sei in Khabi gefesselt gewesen und es seien an Bord auch Leutungen veranfaßt worden. Die Leute hätten am Arm eine Binde mit dem roten Kreuz getragen. Auf der „Llandovery Castle“ seien niemals bewaffnete Personen befördert worden, nicht einmal ein Revolver sei an Bord gebudet worden.

Der ebenfalls nochmals aufgetretene Zeuge Thring stellt entschieden in Abrede, daß Lazaretschiffe jemals mißbraucht worden seien.

Nach längerer Beratung der Verteidigung teilt Rechtsanwalt Dr. von Zweyer mit, die Verteidigung verzichte auf weitere Beweiserhebung, soweit sie sich auf den Mißbrauch der feindlichen Lazaretschiffe und auf unmensliche Behandlung beziehe.

Landgerichtsdirektor Dr. Töpfer aus Glah war während des Krieges als Oberkriegsgerichtsrat in der Marine tätig. Die Ueberzeugung aller Seesoffiziere ging dahin, daß sie

durch die ihnen erteilten Befehle gebodt seien,

so daß sie, wenn sie in die Hände der Feinde fielen, nach ihrer Meinung nicht als Verbrecher angesehen werden konnten. Jedenfalls hätten die Offiziere nicht das Bewußtsein, daß sie in solchen Fällen nach dem allgemeinen Strafgesetz zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Admiral von Trotha hebt ebenfalls hervor, daß ihm während seiner Tätigkeit niemals der Gedanke gekommen sei, daß Kriegsausgaben durch strafrechtliche Gesichtspunkte beeinflusst werden könnten. Die Offiziere hätten ihre Befehle auszuführen ohne Rücksicht auf Fragen der Menschlichkeit. Admiral von Trotha ist der Ueberzeugung, daß Kapitänleutnant Bahig lediglich im Interesse des Vaterlandes gehandelt habe.

Der Sachverständige Korvettenkapitän Saalwächter geht auf die Ereignisse bei der Torpedierung der „Llandovery Castle“ näher ein und setzt auseinander, wie der Angriff durch ein U-Boot ausgeführt wird. Vom Seehorizont aus sei schwer zu verstehen, wenn an ein Rettungsboot eine Frage gerichtet werde. Es sei deshalb bezeichnend, wenn an das Rettungsboot ein Warnungsschuh ergäbe. In den Strudel eines untergehenden Schiffes können Rettungsboote leicht hineingezogen werden. Die „Llandovery Castle“ soll nicht verdrängt gewesen sein, da sie nicht im Zustand fuhr, aber gerade 1918 sei angenommen worden, daß durch den getaden Kurs nur die Harmlosigkeit eines Schiffes vorgetäuscht werden sollte. Der Sachverständige habe im Unterseebootskrieg selbst beobachtet, daß die Engländer viele Schiffe so bemakt hatten, daß sie mit Lazaretschiffen verwechselt werden konnten. Ob die Explosion auf der „Llandovery Castle“ von Munition herrührte, lasse sich nicht mit Sicherheit sagen. Nach einer Torpedierung wurde die Mannschaft eines U-Bootes in der Regel nach unten geschickt, da nur so sofort unter Wasser gegangen werden konnte. Der Sachverständige legt weiter dar, daß die Kriegsführung

allmählich immer schärfer Formen angenommen

habe. Nach dem Verlust einer Anzahl von U-Booten wurde ganz besonders darauf geachtet, ob die den U-Booten begegnenden Fahrzeuge irgendwie verdrängt waren. Man mußte sich in einem harmlosen Rettungsboot unter Umständen einen Feind sehen. Die Torpedierung der „Llandovery Castle“ sei in einem Gebiet erfolgt, in dem Lazaretschiffe nicht verkehrt werden durften. Der Nachweis, daß das Schiff mißbraucht wurde, sei sehr schwer gewesen. Die Torpedierung wäre deshalb besser unterblieben. Gegen die angelegliche Absicht des Kapitänleutnants Bahig, alle Spuren der unberechtigten Verletzung zu beseitigen, sprechen schwere Bedenken. Ein Rettungsboot auf so kurze Entfernung zu beschließen, wäre einfach Munitionsverschwendung. Wenn Bahig die Zeugen seiner Tat vernichten wollte, so hätte er diesen Erfolg mit Handgranaten besser erreicht als mit Geschüßwehren. Es sei am 27. Juni sicher etwas nicht in Ordnung gewesen, aber man müsse die Begleitumstände in Betracht ziehen. Die Frage, ob ein Wachoffizier auf hoher See keinem Kommandanten den Gehorsam verweigern könne, ist während des Krieges nie erworden worden. Auf einem U-Boot müsse eine Entscheidung oft innerhalb weniger Sekunden getroffen werden, so daß ruhige Erwägungen nicht angestellt werden könnten.

Kommandant Shersten erklärt wiederholt, er habe beim Abhuchen der Unglücksstätte nichts gefunden.

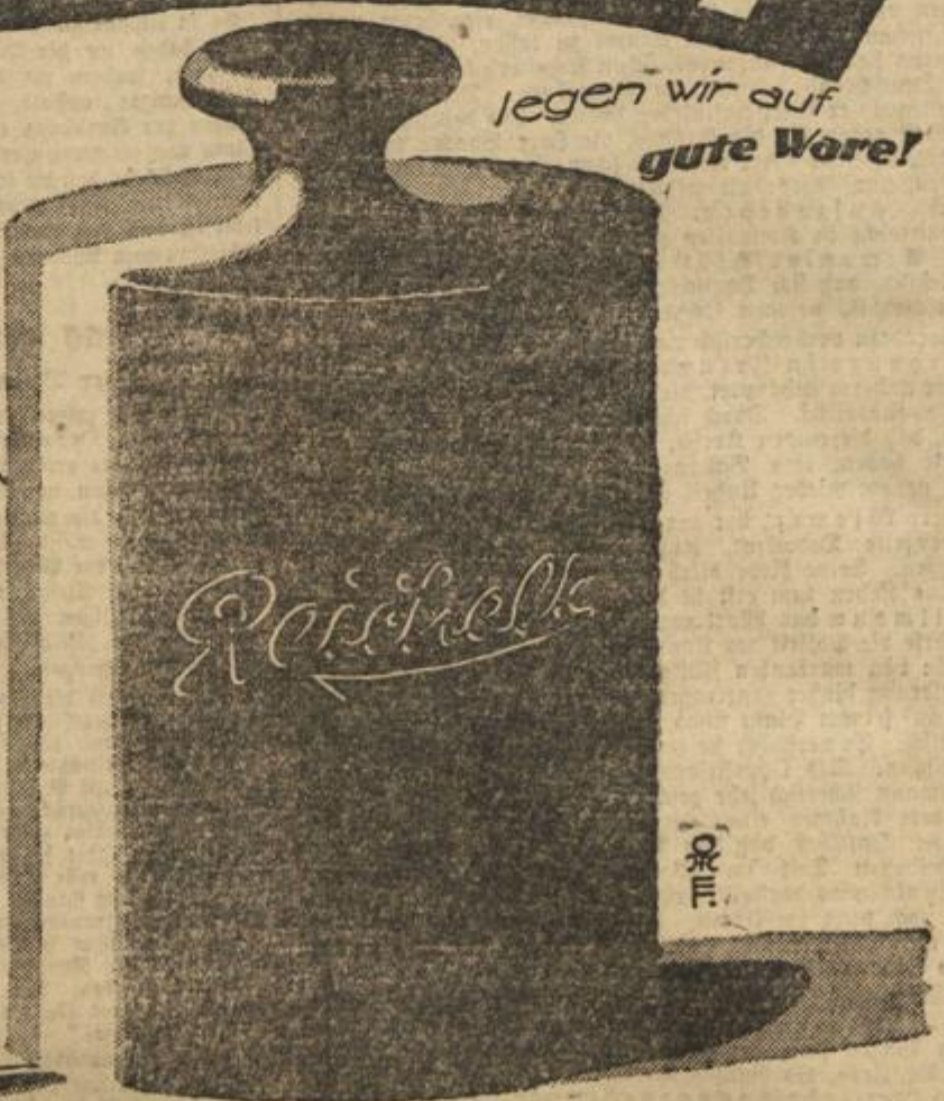
Es gelangen die Aussagen der beiden Angeklagten Dithmar und Boldt zur Verlesung, die sie seinerzeit in der Sache Bahig gemacht haben. Dithmar hat damals die Aussage verweigert mit der Begründung, daß er sich dann selbst einer strafbaren Handlung beschuldigend würde. Der Präsident hält ihm vor, daß dies mit seiner jetzigen Behauptung, er sei ungeschuldig, im Widerspruch stehe. Dithmar erklärt darauf, er habe damals nicht daran gedacht, daß er sich damit einer strafbaren Handlung beschuldigend. Es sei ihm nur darauf angekommen, sein, dem Kapitänleutnant Bahig gegebenes Versprechen des Schweigens zu halten. Oberleutnant Boldt gibt eine ähnliche Erklärung ab.

Der Oberreichsanwalt beantragt sodann die Vertagung der Verhandlung auf Freitag, da bis dahin noch einige englische Zeugen eingetroffen sein werden. Der Gerichtshof beschließt demgemäß.

Das größte Gewicht

legen wir auf gute Ware!

Handwritten:
 Trefflich
 jung für 200000 und fein
 1/4 Pfl. 4,50 bis 7,50
 Wollwolle
 mit Lücken und Pfund
 Pfl. 7,60 bis 13,-
 Einmalige Schanzel für 1/4 Pfl. 8,-
 Wollwolle Lohse Pfl. 2,- bis 2,75
 Paulsbaum Pfl. 1,45
 Grosse Pfl. 16,-



Loreley Union Reichelt Ladewig Assmann

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
 Cammerbierkellern
 7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger
 Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Potisch u. Vertimatter
Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Hautschellen kriegt
Größes Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Die Weber
Berliner Theater:
 Täglich 7.30 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPER
 Theater i. d.
Königsgräber Str.:
 Täglich 7.30 Uhr: Die Wollweber
 Sonntag: Die Wollweber
Komödienhaus:
 Täglich 7.30 Uhr:
Der Engel
 von Robert Winterberg
 Paul Helmann u. G.
 Josephine Dora u. Ernst
 G. G. Jäger von der Straaten,
 Die Herren, Grosse Kaffee,
 Kurt Dusch, Julius Kopp
Heidenz-Theater
 7 1/2 Uhr: Max Waldert in
 1010 - Wd. d. d. d.
Trianon-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Lady Windermeres Fächer
Kleines Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
 Casanova's Sohn
Theater a. Kottbuser Tor
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger.
 Vom 18.-21. Juli
 während d. Urlaubs
 der Elite-Sänger:
 Gastspiel d. beliebten
 Orig. Leipz. Fritz
 Weber-Künstler in
 Erstkl. Programm I.
 (ca. 11-12 u. 1-2 Uhr)

RIVIERA
 Wein-Restaurant I. Ranges
 220 Kurfürstendamm 220
 TELEPHON: STENPLATZ 10234 u. 7729
Neue Leitung!
 Alle Delikatessen der Saison!
 Prima Küche • Erlasene Weine
 Solide Preise • Erstklass. Konzert

Briefmarken :: Münzen
 kauft Großmann, Johannisstr. 4.
 Zugang s. d. Friedrichstr. (Nr. 106) Norden 106 21

Billige Arbeiterkleidung
II Unterfabrikationspreise II
 Zu konkurrenzlos billigen Preisen
 Gummipeterinen von M. 40.- an
 Strümpfe M. 2.50 an
 Unterhosen M. 5.- an
 Hemden M. 12.- an
 Deutschellniformen (Hose u. Jacke) M. 60.-
 Monteuranzüge M. 65.-
 Frauenkittelnutzen M. 40.-
 Frauenröcke M. 50.-
 Englische und amerikanische Uniformen von erkl. klassiger
 Beschaffenheit, Strickjacken, Scheuflanzjoppen, Pferddecken,
 Wickelgamaschen, Feldflaschen u. s. w.
 verkaufen wir über 250.000 Stk.
 Die Waren kommen zum Teil aus deutschen, englischen und
 amerik. Herstellungsstätten. Soweit die Waren nicht neu sind,
 sind sie in unseren eigenen Werkstätten vorrägl. inhand gebr.
 Auch Abgabe größerer Quantitäten an Händler.
B. Kaufmann & Co. / G. m. b. H.
 Berlin, Köpenicker Straße 145
 Geöffnet von 8-7. 3. Hof, III Et.

Politischer Redakteur
 erfahrener, kasser Journalist
wird gesucht
 für die Redaktion der Leipziger Volkszeitung. Kenntn. so bald wie möglich.
 Bewerbungen sind zu richten an die Redaktion der Leipziger Volkszeitung.
 Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung

Kreuzfuchse 200
 Silberfuchse 250
 Rotfuchse 300
 heuernd billig
Jägermanns Pelzhaus
 Oranienstr.
 Ecke Prinzessinnenstraße 14
 am Moritzplatz.

Geld
 für jede Veranlassung. Höchste Monatspreise für Pfandbriefe, Wechsel, Aktien, Obligationen, Zinsen, Erbschaft, etc.
 Friedrichstr. 41, III. Etage, Nordstr. 106.

Tüchtige Verkäufer
 für
Kleiderstoffe
Baumwollwaren
Herrenkonfektion
sofort gesucht
 Meldungen: 12-2 Uhr mittags
 5-6 Uhr abends

A. Jandorf & Co.
 Große Frankfurter Str. 113

Putzarbeiterinnen
sofort gesucht
 Meldungen:
 12-2 Uhr mittags
 ab 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
 Belle-Alliance-Str. 1-2

Von der Reise zurück
Frauenarzt Dr. Lehfeldt
 Südende, Steglitzer Straße 24
 Am 11. Juli 21 verstarb meine liebe Frau, unsere liebe Mutter
Marie Eichhorn
 im Alter von 38 Jahren.
 Dies zeigen Schmerz erfüllt an
Karl Eichhorn nebst Kindern
 Berlin, Schillingstr. 23, früher Danziger Str. 23.
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. 7. 21, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Grödenstraße statt.

US-PO. 12. Distrikt.
 Am Montag verstarb unser langjähr. Mitglied
Marie Eichhorn
 im 38. Lebensjahr.
 Einäsch. Sonnabend, nachm. 5 Uhr, Krematorium Grödenstraße.
 Zahlreiche Beerdigungswünsche.
 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige
 Von Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugschleifer
Wilhelm Malkewitz
 Friedrichstraße, Hofenstraße 4, gestorben ist. Erheben Sie Ihre seinen Anekdoten!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Juli, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Köpenicker Str. 145, statt.
 Bitte Beerdigung nicht erwarten.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
 Sonntag, den 17. Juli 1921, vormittags 9 1/2 Uhr, in „Schulz' Werkstatt“, Köpenicker Str. 2, am Wriezenerplatz
Branchen-Versammlung
 der Kesselschmiede und Helfer sowie der dazugehörigen Berufe
 Tagesordnung:
 1. Stellungnahme der Branche zur allgemeinen Wirtschaftslage. Referent: Kollege Jaska.
 2. Diskussion.
 Mitgliedsbuch festlimitiert
 Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.
 Die Ortsverwaltung

Ungültigkeit der Stadtverordnetenwahlen

Die Begründung

Dem Stadtverordnetenvorsteher Genossen Dr. Wehl ist das Urteil des Oberverwaltungsgerichts auf Ungültigkeitserklärung der Berliner Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahl heute vormittag zugestellt worden. Das Oberverwaltungsgericht weist die Berufung gegen die Entscheidung des Bezirksauschusses zurück, und die Kosten des Verfahrens werden in beiden Instanzen der Gemeinde Berlin aufgelegt. Das Urteil umfaßt für die Ausführungen des Tatbestandes und der Urteilsbegründung nicht weniger als 52 Maschinenseiten.

Das Oberverwaltungsgericht hat die Begründung nach zwei Gesichtspunkten vorgenommen: 1. ob gesetzliche oder dem Gesetz gleich zu stellende Vorschriften über die Bildung des Stadtverordnetenwahlausschusses, der Kreiswahlausschüsse und des Wahlvorstandes für die Wahlen der Stadtverordneten der neuen Stadtgemeinde Berlin vorhanden waren und ob diese Organisationen demgemäß zusammengesetzt worden sind oder ob keine derartigen Vorschriften bestanden und ob daher die tatsächlich erfolgte Bildung dieser Organisationen der gesetzlichen Grundlage entbehren; 2. ob der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 28. August 1920 ungesetzlich war, ob die Wahlen, sei es mit Rücksicht auf diesen Beschluß oder mit Hinblick darauf für ungültig zu erklären sind, daß, wie die Stadtverordnetenversammlung angenommen hat, 4081 Wahlzettel zu Unrecht für ungültig erklärt worden sind.

Die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Die zu heute einberufene außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung konnte infolge des eingegangenen Urteils nicht mehr stattfinden. Genosse Dr. Wehl eröffnete die Sitzung lediglich zu dem Zweck, von dem Eingang des Urteils Mitteilung zu machen und schloß sie sofort wieder.

Es besteht nun für eine interimistische Fortführung der Stadtverordnetenversammlung keinerlei gesetzliche Grundlage. Die vorgesetzten Verwaltungsbehörden haben nunmehr die Aufgabe, für den ungehinderten Ablauf der Geschäfte Groß-Berlins den gesetzlichen Boden zu schaffen. Genosse Dr. Wehl hat sich deshalb sofort auf Grund der Ungültigkeitserklärung mit dem Minister des Innern und dem Unterstaatssekretär Dr. Freund in Verbindung gesetzt. Nach deren Meinung muß erst eine neue Wahlordnung erlassen und eine Verordnung beschlossen werden, wonach der weiteren Tätigkeit der gewählten Gemeindeglieder, Ausschüsse und Verwaltungskommissionen während der Zwischenzeit, d. h. bis zur Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung, der unbesoldeten Mitglieder des Magistrats und der Bezirksämter trotz ungesetzlicher Wahl weiterhin gesetzlich verbindliche Kraft erteilt wird. Da der Landtag heute auseinandergeht, wird die Regierung mit dem Uebergangsausschuß des Landtags eine Notverordnung beschließen müssen.

Fadenheine Gründe.

Die Begründung des Oberverwaltungsgerichts, die zum Teil anders als diejenige des Bezirksauschusses ist, bestätigt vollkommen die in der „Freiheit“ bereits ausgesprochene Ansicht, daß die Entscheidung nicht rechtlichen, sondern politischen Charakters ist. Das Oberverwaltungsgericht hat bereitwilligst der Tatsache Rechnung getragen, daß das preussische Ministerium des Innern wieder einen reaktionären Kurs einschlägt und hat deshalb dem Wunsch der Deutschen Volkspartei um so bereitwilliger entsprochen. In dem ersten Punkt der Begründung führt sich das Oberverwaltungsgericht darauf, daß das Ministerium des Innern einfach die Bestimmungen der Reichswahlordnung für die Wahlen der Stadtverordnetenversammlung übernommen hat, ohne dies ausdrücklich festzulegen. Lediglich deshalb sollen die Wahlen ungültig sein!

Nach grotesker ist die Begründung des Urteils in dem zweiten Punkt. Das Oberverwaltungsgericht stellt sich auf den Standpunkt, daß infolge des Verhältniswahlsystems nicht ein Teil der Wahlhandlung, ein einzelner Wahlzettel, oder ein einzelnes Stim-

mergebnis für ungültig erklärt werden können, sondern nur die ganze Wahl! Wenn man diesen lächerlichen Gedanken zu Ende denkt, so ergibt sich daraus, daß überhaupt keine Wahlen mehr stattfinden können oder die Wahlen zu einem ewigen Zustand gemacht werden. Das Verhältniswahlsystem verhindert durchaus nicht, daß in irgendeinem Teile Unstimmigkeiten vorkommen, daß vielleicht auch ein Teil der Stimmen ungültig erklärt werden muß. Das kann bei jeder Wahl passieren, und da müßte, nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts, jedesmal die ganze Wahl für ungültig erklärt werden. Man sieht, wie schwer es dieser Behörde geworden ist, irgendwelche sogenannten „juristischen“ Gründe aufzufinden und wie fadenheinig die Kulisse ist, hinter der sich die gehorsame politische Dienstleistung dieser „objektiven“ Behörde für die Deutsche Volkspartei verbirgt!

Das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei.

Damit auch jeder wisse, daß die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung lediglich angestrebt worden ist, weil dem Bürgerrecht seine Vertreterzahl nicht genügt, rief man jetzt mit dem ehrlichen Bekenntnis heraus. Herr Stadtverordneter Hüttgen, seines Zeichens Mitglied der Deutschen Volkspartei, veröffentlichte in seiner Korrespondenz folgende Sätze, die den ganzen Triumph der Deutschen Volkspartei über das Gelingen ihres Meisterstreichs spiegeln:

Durch das juristisch geschickte Eingreifen der Deutschen Volkspartei ist der Bürgerschaft Groß-Berlins schon nach einem Jahr die Gelegenheit gegeben, die Versäumnisse bei der vorigen Wahl wieder gutzumachen und der Reichshauptstadt eine geordnete Kommunal- und Finanzwirtschaft durch eine bürgerliche Mehrheit zu erringen.

Das wird man sich für den Wahlkampf merken müssen. Nicht das Interesse der Allgemeinheit, sondern das nackte Klasseninteresse des Bürgertums hat diesen Vorstoß diktiert, und nur um der bürgerlichen Mehrheit willen wird der Bestand der Sanitätsgemeinde gefährdet.

Sitzungsbericht

Die Stadtverordnetensitzung stand unter dem Zeichen der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Da der Ausschussrat zusammengetreten war, um in dieser Entscheidung Stellung zu nehmen, verzögerte sich die Eröffnung der Sitzung. Die zahlreich erschienenen Stadtverordneten befanden sich in erregter Stimmung, die sich in lebhaften Debatten in der Vorhalle bemerkbar machte.

Vorsteher Dr. Wehl richtete, nachdem die Stadtverordneten im Saale Platz genommen, folgende Worte an diese:

Die Stadtverordnetensitzung, zu der ich Sie eingeladen habe, kann heute nicht stattfinden (Zurufe links), nachdem ich vom Oberverwaltungsgericht das Erkenntnis in der bekannten Streitfrage erhalten habe.

Bei der Mitteilung, daß das Oberverwaltungsgericht den Wert des Streitobjekts auf 5000 M. festgesetzt hat, erhebt sich allgemeine Heiterkeit und es erschallt der Ruf: Ist auch Dedung vorhanden?

Der Vorsteher fährt dann fort: Ich hielt mich verpflichtet, unmittelbar nach dem Empfang dieses Schriftstücks mich mit den in unserem Staate maßgebenden Faktoren in Verbindung zu setzen und zu hören, wie die Behörden, der Minister des Innern und die Staatsregierung sich die weitere Entwicklung denken. Ich habe mit dem Minister des Innern und dem Staatssekretär Freund im Landtage heute verhandelt und bin beauftragt, Ihnen Kenntnis davon zu geben, daß die Staatsregierung dem ständigen Ausschuss, der dem Landtage in den Ferien zur Seite steht, eine Notverordnung unterbreiten wird. In dieser wird, was für Sie im Augenblick das wichtigste ist, voraussichtlich folgendes enthalten sein: Die unbesoldeten Magistratsmitglieder werden bis zum Amtsantritt der Neugewählten in ihrem Amte bleiben können; die ausstehenden Stadtverordneten und stimmfähigen Bürger bleiben bis zum Amtsantritt der Neugewählten in ihrer Tätigkeit. Es ist die Ansicht der Staatsregierung, daß es gilt, ein Interregnum zu vermeiden, da vor dem zweiten Sonntag im Oktober voraussichtlich die Wahlen nicht stattfinden können, denn es wird auch die Aufgabe

des Ministers des Innern sein, die neue Wahlordnung zu entwerfen und diese muß so bald als möglich (Heiterkeit) sein, daß kein Oberverwaltungsgericht in Zukunft Wahlen wieder für ungültig erklären kann. (Höhnende Zurufe links.) Ich habe auch bei allem Respekt vor dem Magistrat und seinen besoldeten Mitgliedern nicht die Ansicht, daß es möglich sein wird, daß von 30 Mitgliedern des Magistrats 12 — das sind die unbesoldeten — auscheiden und nur die übrigen 18 die Geschäfte führen. Wenn die Verordnung angenommen ist, treten die Stadtverordnetenversammlung, die Verwaltungsdeputationen und die unbesoldeten Magistratsmitglieder wieder in Tätigkeit. Es dahirt gilt natürlich nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts, daß diese Versammlung nicht besteht. Wir können also heute keine Beschlüsse fassen, und da es zwecklos ist, zu sprechen ohne Beschlüsse zu fassen und zu handeln, ist der Ausschussrat damit einverstanden gewesen, daß wir heute unsere Verhandlungen abbrechen. Bevor ich das aber tue, teile ich Ihnen noch mit, daß der Oberpräsident mir heute mittag eine Verfügung zugehen ließ, wonach gültige Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr gefaßt werden können. Diese Verfügung ist gerichtet, als Beweis, wie prompt die Herren im Oberpräsidium arbeiten. „an den früheren Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wehl“. (Große Heiterkeit und Zurufe links.) Ich habe nicht verfehlt, dem Minister im Landtage das Schriftstück vorzulegen, und er hat gemeint, das sei ein Beweis, wie prompt und korrekt die ihm unterstellten Beamten die Situation ausfallen. (Große Heiterkeit.) Wir sind am Schluß unserer Beratung und mir bleibt nur übrig, Ihnen für Ihr Erscheinen zu danken. Die Sitzung ist geschlossen.

Ein Waffenlager bei Brandenburg

Durch einen Zufall ist gestern bei Brandenburg eine Waffenkammer entdeckt worden. Zwei Fabrikarbeiter gingen durch den Wald von Krahe bei Brandenburg in der Nähe des Schießplatzes, als beide plötzlich in den Erdboden verfielen. Die beiden Männer gewahrten, als sie sich von ihrem Schreck erholten, daß sie sich in einer regelrechten Munitionskammer befanden. Eine große Anzahl Handgranaten, Stahlhelme, viele hundert Militärgewehre und Maschinengewehre waren in dem Versteck untergebracht. Der Regierung in Potsdam ist von diesem Fund Mitteilung gemacht worden. Wie bis jetzt festgestellt werden konnte, stammen die Waffen aus dem Brandenburgischen Artilleriedepot und sind auf Veranlassung eines Vorgesetzten durch zwei Reichswehrsoldaten auf vier Wagen dorthin geschafft worden. Nach den näheren Ermittlungen handelt es sich um ein Waffenlager rechts-kehrender Artillerie. Als die zuständigen Landjäger an die Waffenfundstelle kamen, um die Waffen abzuholen, fanden sie nur noch einige Kisten vor. Die beiden Leute, zwei Bauerjährlinge und die Reichswehrsoldaten Brüggemann und Zabel hatten bis zum Eintritten der Landjäger bereits die meisten Waffen aus der Höhle fortgeschafft. Die Fortschaffung muß wohl aber mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen sein, da in der Nähe des Schießplatzes zerstreut einige Gewehre vorgefunden wurden.

Die Untersuchung in diesem Falle wird auf Antrag der Potsdamer Regierung dem Landratsamt in Belgis Bützberg, da die Fundstelle der Höhle auf Jauch-Balgiger Gebiet liegt. Auch der Reichskommissar für die Entwaffnung ist sofort von diesem Funde in Kenntnis gesetzt worden. Hoffentlich verdichtet sich die Kenntnisnahme zu einer energischen Verfolgung der Angelegenheit!

Persönliche Kampfesweise

Die „Kote Jahne“ fällt in ihrer bekannten Weise über die in der Dienstag-Abendausgabe der „Freiheit“ wiedergegebene Notiz über den Einbruch bei Adolph Hoffmann her. Um auch bei unseren Lesern darüber keine falsche Meinung aufkommen zu lassen, wie die Bemerkungen in der „Freiheit“ gemeint waren, wollen wir nur darauf hinweisen, daß uns an den Wohnungsverhältnissen von Adolph Hoffmann nichts weiter interessiert als der eine Umstand, daß sie in einem merkwürdigen Widerspruch zu seinen Ausführungen stehen, die er im Stadtparlament bei der Wohnungsklausursteuer gemacht hat.

Wie dem auch sei, jedenfalls sind lediglich zwei Klassen an einen Tauschenbericht angeknüpft worden. Wie sieht es aber mit der persönlichen Kampfesweise der plötzlich metallisch entseelten „Kote Jahne“? Sie schrieb am 22. Juni wörtlich folgendes:

Die „K.“ hatte schon wiederholt Anlaß, sich mit den von wenig sozialistischem Empfinden zeugenden Praktiken des unabhängigen Stadtrats Hinke zu beschäftigen. Leute, die mit Herrn Hinke als Deserteur für das Armen-, Flüchtlings- und

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eugenie blinnte maßlos auf Rolfs zudende Mundwinkel und Helensens unfrische Augen.

„Schade, daß wir nicht viel Zeit haben“, bemerkte sie, „ihr hättet weiter gehen sollen.“

Rolf brummte etwas Unverständliches, winkte dem Kutsher, half Helene und Eugenie in den Wagen, während Misa allein einstieg und sich mit einem kindischen Gelächter in die Kissen warf. Rolf bestieg seinen Fuhrer, parierte, sagte, daß er schnell reiten wolle, weil er früher in der Fabrik sein müsse, trieb sein Pferd an, grüßte nochmal und war verschwunden, ehe nur der Kutsher sich zurechtgesetzt und die Zügel in die Hand genommen hatte.

Die Heimfahrt verlief schweigend. Misa war schläfrig, Eugenie hatte unangenehme Eindrücke von ihrer früheren Freundin bekommen und blieb verstimmt, und Helene war froh, daß sie niemand fragte und sie nicht zu reden brauchte.

Es war mittlerweile sehr heiß geworden, die Sonne brannte, und überall aus Wiesen und Feldern kam ein feiner Dunst. Die Luft war schwer und sah aus, wie wenn sie mit Staub erfüllt wäre. Die Pferde liefen schnell, übermütig die Köpfe schüttelnd, weil's dem Stall zuzuging, und bald lag der Felsenbrunner Hof vor ihnen. Mit einem Gefühl, das dem einer bühnenden Magdalena nahe kam, stieg Helene aus und dankte rasch.

„Auf Wiedersehen!“ rief Misa und winkte mit der Hand. Die Pferde zogen an, und Helene trat müde und verwirrt ins Haus.

Peter hielt die Faust in der Tasche. Er machte eine Faust, weil es ihn genierte, wenn seine ausgestreckten Finger an die Pakete stießen, aber Fühlung damit und eine gewisse Garantie, daß sie noch da waren, wollte er doch haben.

Er hatte es sehr eilig, nach Halseberg zu kommen, so sehr, daß er quer über die Wiesen rannte, ganz gegen seine Gewohnheit. Welches der beiden Pakete sollte den Vorzug haben, von Gretchen zuerst bewundert zu werden, das Goldherz oder das schöne Perlmuttermesser? Das Goldherz war viel mehr wert; wenn er das zuerst übergab, wollte sie am Ende gar sein Messerchen nicht mehr haben? Ein Gedanke kam ihm, der ihn nicht mehr losließ: Wenn er Heinrichs Brief und Heinrichs Geschenk überhaupt nicht überließ? Oder, wenn er das kleine Goldherz brachte als sein Geschenk? —

Brauchte sie denn etwas anderes zu wissen? Aber, das war niederrichtig, das war gemein! Und er stoh mit weiten Bodsprüngen vor dem versuchenden Gedanken, und dennoch lockte er ihn immer mehr. Was war denn im Grunde dabei? Ein Spaß — ein guter Witz! Er tat gleichgültig und pfiff vor sich hin, aber seine Augen hieben unstill, bis er Gretchen auf der Bank vor dem Hause sitzen sah. Sie hatte die rote Kasse auf dem Schoß, die seine Schwester Alwine auch die Kagebergern nannte und die sich von Zeit zu Zeit bis auf den Felsenbrunner Hof verirrt, dann aber mit Geschrei von Alwine, von Rano, sogar von Hannes verjagt wurde: „Die Kagebergern ist da! Raus mit der Kagebergern!“

Sobald Peter Gretchens ansichtig wurde, waren Unruhe und Ansehnlichkeit von ihm geschwunden. Er war unbesonnen, und seine stolpernde Hast ging in ein langsames, sicheres Schreiten über. Da gab es kein Zaudern, kein Zweifeln, keine Heuchelei vor sich selber.

Was denn? Da war Gretchen, und er hatte Gretchen gern und mußte ihr etwas Liebes tun, sonst gab's jetzt nichts weiter auf der Welt für ihn.

Aber die kleine Dame zog ein Mäulchen — Schmütche hieß es die Mutter — und tat sehr ungnädig.

„Was willst du denn schon wieder bei uns? Du warst doch erst da!“

„Ich kann auch wieder gehen“, sagte Peter gekränkt und wollte aufstehen.

„Ach was, bleib sitzen, oder bleiben Sie nur sitzen, so ernst ist des nit gemeint.“

Da fuhr Peter auf: „Sei still mit deinen Dummheiten! Wir wollen immer du sagen, hörst du? Immer!“ Er hätte so gern ihren nackten Arm gestreichelt, wie er oft getan, aber es kam ihm auf einmal läppisch vor, und er streichelte dafür die Kasse.

„Weinetwegen also „du“, mir ist es gleich. Hat Heinrich geschrieben?“

„Nein, warum fragst du nach ihm?“

„Ach ich frag eben so. Er war doch mit mehr da, um Adieu zu sagen. Hat er dir nichts mehr aufgetragen?“

„Nein, gar nichts.“ Peter lag mit einer Kaltblütigkeit, die ihn aufs äußerste erstaunte. Es war gerade, als kämen die Antworten von selbst, als täte er gar nichts dazu. Er streichelte dabei in einem fort die Kasse, die's ihm durch gurrendes Schnurren lohnte.

„Nicht?“ machte Gretchen gedehnt und schielte von der Seite nach ihm. Genau wie die rote Kagebergern in ihrem Schöße, die so eifrig schnurrte. „Du willst mir's nit sage.“

Jetzt wurde Peter ärgerlich. Er schüttelte den Kopf und fuhr der Kasse gegen das Fell, daß sie jauchend aufsprang.

„So hör doch auf und laß die Kasse in Ruhe und hör auf das, was ich dich frag. Du sagst ja gar nit auf. Was hat's denn daheim gegeben, und warum ist Heinrich nit gekommen?“

Peters Herz verhärtete sich. Jetzt sollte sie gar nichts haben. Er gab ihr auch das Messer nicht!

Unwirsch fuhr er sie an: „Du bist wirklich merkwürdig! Du fragst ja nur nach Heinrich und redest nur von Heinrich.“

„Und du bist gleich beleidigt, das war gar nit nötig! Und wenn ich nit von Heinrich reden darf“ — gleich begann sie zu glucksen und zu schlafen, einer ihrer roten Zöpfe fiel nach vorn, und so gefiel sie Peter sehr in ihrer Ungelehrtheit, aber er grüßte noch und hätte um die Welt kein Wort gesprochen.

So saßen sie eine Weile verstummt, bis Gretchen festiger zu weinen begann.

„Du bist ein ganz dummer Bub und du willst mich nur ärgern, aber ich kann's nit habe, wenn du mir bö's bist.“ schluchzte sie, warf die Kasse vom Schoß, die einen Krummen, empörrten Buckel machte und mit Verachtung um die Ecke ging, während Gretchen laut heulend ins Haus lief, Peter hinterdrein.

Da stand sie nun, hielt die Hände vors Gesicht und schluchzte, daß es sie rief. Raslos und verlegen sah Peter das Mädchen an und ahnte nicht, daß sie ihn, zwischen den Fingern durchblinzeln, beobachtete. Er versuchte endlich, ihr die Hände wegzuziehen, doch sie widerstand und bockte solange, bis er gereizt wurde und zugriff, wie er bei Ramezaden zugreifen gewöhnt war, daß Gretchen ausschrie und rote Male an ihren Handgelenken blieben. War das etwas mit den Mädchen! Gar nichts konnten sie vertragen! Gretchen tat ja, wie wenn er ihr mindestens einen Arm „ausgeroppt“ hätte!

Sie schrie laut und rief sich von ihm los: „So! So! Du Grobian! Jetzt mag ich dich gleich gar nicht mehr, wie geht's denn mit einem um? Heinrich ist ganz anders, wenn du wärst wie Heinrich!“

„Heinrich! Heinrich! immerfort Heinrich!“ Peter kämpfte auf und schrie laut: „Nun sei aber sofort still. Und sag nichts mehr von Heinrich. Ich kann das nicht ertragen! Da! da! da! hast du was; nun kannst du sehen, wie ich bin, ich schenk dir das,“ und er zerrie das Messer aus der Tasche und drängte es ihr auf. „Nimm das! Du kannst es nehmen,“ zuletzt bat er ganz weinerlich: „So nimm's doch!“

(Fortsetzung folgt)

Parasiten

Jeden Freitag, wenn sie zur Kontrolle müssen, kommen sie an meinem Fenster vorbei: acht bis zehn schlanke, bleiche Mädchen. Es sind nicht immer die gleichen Personen, aber es ist stets derselbe Typ. Ihr Wesen hat etwas seltsam Auffälliges an sich. Sie fühlen sich von alt und jung betrachtet und glauben, den Spottreden der Leute durch ein möglichst herausforderndes Benehmen begegnen zu müssen. Sie lieben laute Worte und grelle Farben. Lebendigen Wachsfiguren und fantastischen Treibhausblumen gleichen sie: als wenn ein Vampir ihnen das Blut aus dem Herzen gesogen hätte. Arme Mädchen! Ein ganzer Trock ehrenwerter Leute lebt durch sie, lebt von dem, was sie mit ihren Körpern verdienen müssen.

In einer der vornehmsten Straßen der Hauptstadt wohnt ein kinderloses, älteres Ehepaar. Man denkt, wenn man es so behaglich leben sieht, an Leute, die sich vom Geschäft zurückgezogen haben und nun in Ruhe von ihrer Rente leben. Das trifft zu. Die würdevollen und allgemein geachteten Ältern betreiben jedoch heimlich das feine Porzellan in meiner Nähe und sind dabei reich geworden. Schließlich haben sie das gute Geschäft verkauft und leben von den Rinsen.

Die bleichen Mädchen mußten es verdienen.

Wer durch das Städtchen G. kommt und dort im Gasthaus zum „Roten Ochsen“ einkehrt, macht unweifelhaft die Bekanntschaft eines vornehmlichen Mannes, der viele Abenteuer zu erzählen weiß und ein gern gesehener Gesellschaftler ist. Es ist der Huber-Toni. Er ist weit in der Welt herumgekommen, zu Wasser und zu Land, hat ein dunkles, aber reich bemessenes Leben hinter sich und ist am Schluß seiner Fahrt wieder in der Heimat angelangt. Kein Mensch am Orte weiß, wo er lebt; aber daß er dort lebt, sehen alle. Er hat von dem Münchner Ehepaar das einträgliche Geschäft übernommen, und seine brave Frau, die es führt, schickt ihm jede Woche den Ueberfluß.

Die bleichen Mädchen müssen es verdienen.

Die gute Frau Huber, sehe ich sehr oft. Sie ist eine stattliche Dame mit gewinnenden Manieren und einem lebenswürdigen Lächeln auf den schmalen Lippen. Mütterlich sorgt sie für das Wohlergehen ihrer weißblonden Schützlinge, die pro Kopf für den freien Unterhalt, den sie genießen, das Mehrfache der üblichen Pensionspreise bezahlen müssen. Raubmord bringen verurteilte Schreie an mein Ohr und lassen darauf schließen, daß die Mädchen mit der Peitsche traktiert werden. So oft die große Dame auf der Straße erscheint, wundert sich jedermann über den Aufwand, den sie macht. Vom Kopf bis zu den hohen Stiefeln trägt sie in modernster, seiden-schimmernder Kleiderpracht. Sie fühlt sich ausgesprochen wohl bei ihrer Person und ihren Geschäftsbetrieb eine möglichst auffällende Person zu machen.

Die bleichen Mädchen müssen es verdienen.

Der dicke Wirt neben mir, der das Aussehen eines solchen Ekelant hat, darf das Kleingeld für das Vorstellern. Jedes Mädchen hier verkauft Frau Huber um das Mehrfache teurer als in der Wirtschaft. Die Mädchen haben nicht nur die Pflicht, ihren Körper dreizugeben, sie müssen auch tüchtig mitlaufen und die Gäste animieren können. Wenn es nötig wird, wird der dicke Wirt herbeigerufen, um das Hinauswerfen auszuführen und ärgerlicher Waise zu befehlen, wofür sich die Vorstellernin besonders erkenntlich zeigen muß.

Die bleichen Mädchen müssen es verdienen.

So oft ich hinüber in die Wirtschaft zum „Rahmen Ekelant“ komme, sieht ein blutjunger, hübscher Bursche da, raucht Zigaretten und zecht vom Morgen bis zum Abend. Die mollige Pechschleierin kommt öfters herüber und tragt dem jungen Menschen Geld zu. Er ist ein sogenannter Halblebener, so nennt man die welche sich von Bordellmädchen aushalten lassen. Kürzlich reiste er sich über die Reise auf, die seiner Geliebten einen falschen Kopf, der vielleicht einen reellen Wert von 20 Mk. haben möchte, für 50 Mk. verkaufen wollte und dann vom Koffer rief, weil sie ihr, der Reiseuse, nicht sofort das letzte Drittel der Summe bezahlen konnte.

Noch vieles liege ich dieser Schillerung hinauf. Ich könnte von dem Saubermann erzählen, der in unmittelbarer Nähe wohnt und seinen Schlaf man erkauft, damit er die hässlichen Sturzbäche nicht hört; von den armen Kindern, die sich abkühlern lassen, damit sie sich wegen des Unfalls nicht beschweren; von den Bedienten des Bordells, welche die Mädchen bei allen Einkäufen, die sie für sie machen, überbieten; von den reichlichen und auch mitunter unerschämten Bestlern, die das Haus mit der arden Nummer bestürmen, und von den frechen und schändlichen Geschäftleuten, die dort alle einen besonderen Profit herausziehen wollen.

Doch ich glaube, es genügt, und wir wissen nun, warum die armen, schlanken Mädchen so bleich sind: Sie müssen es verdienen.

Kleiner Frauenratgeber

Unterstützung, Wehrwärmung.

Erkältung ist ein fasscher Begriff. Entweder sind wir zu dünn angekleidet, dann unterstützen wir unsere Haut, ebenso unsere Schleimhäute; oder wir sind zu warm angezogen, dann überhitzt wir unseren Organismus. Am arden ganzen werden wohl mehr Schädigungen durch die Wehrwärmung als durch die Unterstützung hervorgerufen. Je eifriger wir dem Luftbade huldigen, um so mehr haben wir die Anpassungsfähigkeit unserer Poren, um so eher gewöhnen wir uns an kalte Weidung, um so weniger leicht haben wir Temperaturschwankungen. Wir wollen schon bei den Kindern mit der leichten Weidung beginnen, und wer sich im Winter verweilt hat, halte sich im Sommer im Luftbade ab.

Durstbekämpfung

Unsere Nahrung und Tätigkeit führen häufig zu stärkerem Durstgefühl. Die Mittel, den Durst zu löschen, sind vielfach ganz falsch; alkoholische Getränke, stark gewürzte Limonaden, harter Kaffee und Tee löschen nicht den Durst, sondern verursachen nur neuen. Zur Durststillung muß zunächst die Dursterzeugung verringert, der Gewürzverbrauch vermindert werden. Dann diene der Durstlöschung in erster Linie frisches Wasser, dann saure Limonaden, gewürzte Emmentisch, ferner Obst, Kompotte. Man vergesse aber nicht, daß der Durst sich aus zwei Komponenten zusammensetzt: einmal Flüssigkeitsmangel und zweitens Wärmehüberschuß. Durch Weidung des Wärmehüberschusses kann ein großer Teil Durst beseitigt werden. Daher wirken kalte Hand- und Fußbäder, Gurgeln mit kaltem Wasser und Luftbad durstlösend, und häufiges Luftbad mit reichlicher Diät wirkt so direkt durstverhindernd.

Unser Modenteil

Das hier veröffentlichte Sommerkleid, Nr. 182, ist aus Leinen gefertigt, zu der Schweißschere verwendet wurde. Es zeigt ein aerobogeschmittenen, jäckchenartiges, vorn geknöpftes oberes Weiteil mit langen, eingesetzten Ärmeln und einen, den spitzen Halsanschnitt einrahmenden runden Kragen. An diese Seite, die 10 Zentimeter bis unterhalb der Taille reicht, ist ein Dreifachreißverschluss von 1,80 Meter Breite eingereiht, angelegt. Dieses Kleid kommt auch als Frauenkleid in Frage.

Natürlich kann auch anderes Material, z. B. leichter Stoff verwendet werden.

Aus der sozialistischen Frauen- und Modenzeitung

„Die Schaffende Frau“



Nr. 81 Preis 2,80 Mk. Nr. 182 Preis 2,80 Mk.



Nr. 44 Preis 2,80 Mk.

Arbeit aus Wolle, Baile oder Opal als Binde für Jacken oder Blusen. Der Reiz dieses schönen Kleiderzubehörs besteht in der Hoblaumgarnitur, die am Jabot als Saum, im breiten Kragen als Saum und quadratische Ornamente auftritt. Dieses Jabot kann immer wieder gewaschen werden und weist deshalb stets frisch und neu.

Nr. 49 Preis 2,80 Mk.

Preis des Deckes 1,80 Mk., mit Schnittmusterbogen 2,50 Mk., Porto extra.

„Die Schaffende Frau“ ist durch alle Parteibuchhandlungen und Zeitungsanstalten zu beziehen, event. direkt durch den Verlag: „Die Schaffende Frau“, Dresden, A. 1, Postfach 110, Postfachkonto Dresden 468.

Verlag „Die Schaffende Frau“ (Genossenschafts-Druckerei) Dresden, A. 1, Kleine Plauenische Gasse 49.

Sehr schön ist das Mädchenkleid Nr. 81, das aus einem Weidchen mit angeschnittenen Ärmeln und einem eingereihten Reißverschluss besteht. Darunter wird jede beliebige Waise getragen. Die Verzierung besteht aus einer einfachen gestickten bunten Kante.

Stidereizeichnungen auf Stoff zu übertragen. Man spannt den Stoff auf ein Brett und bestreicht ihn mit Steingöl oder Reiböl. Das Papier mit der genauen Zeichnung. Mit einer Nadel verfährt man nun die Linien, indem man in ganz kurzen Abständen Nadelstiche macht. Mit man damit fertig, so nimmt man etwas Mehl oder Kreidepulver (meinetwegen auch Pulver oder Talkum) und bestreicht es sorgfältig durch diese Nadelstiche. Nun löst man vorsichtig das Papier und findet die Zeichnung punktiert auf dem Stoff. Mit einem feinen Pinsel und weicher (oder anderer, je nach Stofffarbe) Farbe verbindet man die einzelnen Punkte und läßt trocknen. Bei weicher Leinwand oder Baumwollstoff kann man auch direkt auf den Stoff durchpauken mit Andios- oder Kohlenpulver. Ein ganz einfaches Ornament (die einfachen sind gerade die schönsten) läßt sich ganz gut mit Blei- oder Kohlpulver auf den Gegenstand zeichnen. Für Kreise nimmt man einen Ringelhut oder eine Rodenpule. Obes man schneidet aus Weißleder eine kleine Schablone in Form eines eines Eis oder einer Ellipse. Die Hauptfache ist ein richtiges Größenverhältnis, harmonisierende Farben und genaue Ausführung.

Wer sind

die Gegner der Arbeitsschule?

Die Schule ist ein Haus, in dem die Kinder ein Familienleben führen, arbeiten, spielen und die Zeit in vernünftiger Weise mit Wandern, Lesen und Kunst oder in Ruhe verbringen. Ein Haus, das von einem Garten, einem Gemüsegarten und einem Feld umgeben ist mit daran anschließenden Werkstätten. Was anders sollte besser als diese Schule zum Leben des kleinen Kindes passen, das mit seiner kindlichen Blüthe aus der heimischen, werklätigen Familie in die Schule kommt! Keine Blöde, keine Unterrichtsstunden nach der Uhr, keine von Schulmannschaft blöde gewordenen Lehrer und Schüler. Die Wahrheit liegt immer in der Einfachheit, und die Wahrheit der neuen Arbeitsschule lautet: „Lebet einfach, lebet menschlich, so wie alle Menschen rinas um euch außerhalb der Schule leben, wenn ihr dabei nur maximal kulturell und produktiv leht!“

Trotz alledem hat die Arbeitsschule ihre Feinde. Wer sind nun die Gegner der Arbeitsschule?

Der Gegner ist vor allen Dingen jeder von denen, die infolge der Unannehmlichkeit des Volkes pflichtlich, rühmlich, satt waren. Jene, die das Volk in das blutige Schlachten hineinführten und Millionen der gesunden und mutigen Bevölkerung ausrunder gerichtet haben, jetzt aber gegen dieses Volk Fremdländer aufzurufen und ihm eine neue jahrhundertelange Sklaverei bereiten wollen — o, wie kassen sie alle die Arbeitsschule! Die Arbeitsschule ist für sie — ihr Grab. Ihr Paradies ist — die Unannehmlichkeit der Volksmassen. Gegner der Arbeitsschule sind auch jene, die geistig verkümmert sind und ahnen, daß die Zukunft sie ablehnen wird, die die unbrauchbare Zukunft abzuwenden oder aufzuhalten versuchen. Unter ihnen finden wir so manche alte Matie, die sich schon lange auf faule Ohr gelehrt hat, aber noch leht mit dem Klitter vermeintlichen Wissens zu alnzien verweilt, — wie sollte sie nicht auch gegen die Arbeitsschule ihre Zähne fleischen? Die Arbeitsschule ist es ja, die ihr ein ruhmsloses Grab bereitet und die alte Matie läßt um ihre Erbkassa.

Für seine Erbkassa läßt auch der alte Schullehrer mit seinen verfederten Lehrbüchern und seiner hermetisch verschlossenen Schule. Du sollst dich entwickeln, du sollst Schöpfer sein, sagt ihm die neue Pädagogik. Er aber ist geistlich schon längst tot, und er hat auch bereits aufgehört, in seinen alten Lehrbüchern herumzuführen. Er acht „unvorbereitet“ in die Klasse, und seine Schule schläft während der ganzen fünf ihm fleischlich gewordenen Schulstunden. Diese abgenutzte Schulmaschine wird zertrümmert beim ersten Versuch, ihre verrosteten Räder nach neuer Art in Bewegung zu setzen.

Und auch sie ist Gegnerin der Arbeitsschule, die gleich einem freudigen Schmetterling nur für die Zeit bis zum Ehestand und bis zu einem vorläufigen Amte in die Schule hineinfährt. Indem sie ihr hübsches Mädchen etwas ausammenrußelt, lobt sie mit ihren Lehrbüchern die Meißel, die sie im Gymnasium kennengelernt hatte und hatte zuweisen auch nichts dagegen, durch Abwesenheit zu alnzien. Und sehr soll man glücklich mit den Kindern gemeinsam leben, mit der Bevölkerung gemeinsam werklätig arbeiten... Das soll sie tun, die ihr persönliches Leben in ihren Träumen so weit entfernt von diesen Kadaverkindern und von dieser dörflischen Arbeit das liegen soll!

Jene aber, deren Seele mit der des Volkes in eins aufammenzuwachsen ist, deren Wille dem Volkswillen dient, deren Verstand sich für das Volk aufopfert, sie sind Anhänger der Arbeitsschule, die eine wirkliche Volksschule ist. Sie leben für sie ein, denn in ihr und nur in ihr leben sie die Rettung und das Glück des Volkes, leben auf ihrem Posten und werden auf ihm beharren, trotz Spott und Unflut, trotz Bosheit und Sturm. Sie stehen da und warten auf die mächtige Abflut, auf die große Masse der aus dem Volke selbst hervorgegangenen Volksschullehrerschaft, denn die Arbeitsschule, die das werklätige Leben nur vervollkommen will, ist in ihrer Pädagogik auch Leuten des werklätigen Arbeitslebens angehängt. Das Volk kann als Lehrer leicht in sie hineinkommen, und es wird der Traum von der allgemeinen Schulpflicht hierdurch wieder eine große Chance für seine Verwirklichung finden. Und dieser Volksschule lehret aus dem Volke wird kommen, wird bestimmt kommen!

(Aus: Die Arbeitsschule von F. V. Blonski.)

Kochrezepte für die jegige Jahreszeit

Erdbbeeruppe

Zutaten: 1/2 bis 1/4 Pfund Erdbeeren, 1/2 Liter Milch, 1/2 Liter Wasser, 2 Päckchen Mandelpuddingpulver, 100 Gramm Zucker, 1 kleines Stückchen Vanille, ein wenig Salz.

Die Erdbeeren werden gewaschen und getrocknet. Dann legt man sie auf einen Reiser und bestreut sie mit reichlich Zucker. Hierauf wird die Milch, das Wasser, Vanille, ein wenig Zucker und Salz zum Kochen gebracht. Mittlerweile läßt man das Puddingpulver in wenig Wasser zu einem dünnen Brei rühren, denselben unter die kochende Milch und das Wasser, läßt das Ganze unter beständigem Rühren köcheln aufkochen und rührt den Topf vom Feuer. Nachdem die Suppe ein wenig erkalte ist, rührt man die Erdbeeren vorsichtig darunter und läßt das Ganze noch 10 Minuten stehen. Die Suppe schmeckt auch sehr gut kalt, besonders an heißen Tagen.

Kirschplannschken

1/2 Pfund Kirsch, 1 Pfund Mehl, 2 Eier, 1 Tasse Milch, Wasser, Salz.

Das Mehl wird in eine Schüssel gebracht, zerlesen und 2 Eier hineingegeben. Und dieselben mit dem Mehl vermengt so wird die Milch hinzugefügt und das Ganze zu einem klebrigen Teig gerührt. Sollte die Milch nicht ausreichen, einen halben Teilo zu erzielen, so werden unter fortwährendem Rühren dem Teig kleine Mengen Wasser beigegeben.

In eine vorher gut mit Fett bestrichene Pfanne wird nun eine dünne Schicht Teig hineingegeben, vorher zerhackte Kirschen darauf gelegt und unter einmalmigem Umwenden auf beiden Seiten gut durchgebacken.

Die Plannschken werden heiß und mit Zucker bestreut auf den Tisch gebracht.

Ährer Kohl. Ein schöner Weichkohl wird fein gehobelt, mit kochendem Wasser abgeseigt und abgeseigt. In einen gut verfleischerten, nicht emaillierten oder Lacktopf gibt man ein wenig Wasser, einen Teelöffel voll milden Essig, eine zerhackte Zwiebel, etwas Sellerie, auch wohl eine Prise Zucker, einen Teelöffel Fett oder Butter und den Kohl, der darin eine Stunde schnell kochen muß. Nebenher schmort man 3 bis 4 weiche große Karfeln zerhackt in ein wenig Wasser weich. Kurz vor dem Anrichten mischt man beides, würzt mit Pfeffer und Salz, rührt ein wenig Mehl über und kocht noch einmal alles zusammen durch. Kocht man die Karfeln nicht mit dem Kohl, so verliert sich der feine Apfelgeschmack, der einem richtigen Ährer Kohl nicht fehlen darf.

